

# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

### 8. Sitzung

Hannover, den 27. Januar 2023

#### Inhalt:

<b>Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus</b> .....	359
<b>Präsidentin Hanna Naber</b> .....	359

Tagesordnungspunkt 19:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> .....	361
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i> .....	361

Tagesordnungspunkt 20:

<b>Befragung des Ministerpräsidenten</b> .....	361
<b>Jörn Schepelmann</b> (CDU).....	362, 363
<b>Stephan Weil</b> , Ministerpräsident .....	362 bis 365
<b>Stephan Bothe</b> (AfD) .....	364
<b>Marcel Queckemeyer</b> (AfD).....	364
<b>Alfred Dannenberg</b> (AfD) .....	365
<b>Omid Najafi</b> (AfD).....	365

Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung: <b>„Zukunftsprogramm Diversifizierung“ Wege aus der Krise in der Schweinehaltung: Höfe erhalten - neue Betriebszweige erschließen</b> - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/316 .....	365
<b>Christian Schroeder</b> (GRÜNE).....	366
<b>Alfred Dannenberg</b> (AfD) .....	367
<b>Hartmut Moorkamp</b> (CDU) .....	368
<b>Christoph Willeke</b> (SPD) .....	370
<b>Miriam Staudte</b> , Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	371
<i>Ausschussüberweisung</i> .....	371

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung: <b>Spezialisierte Anlaufstellen für Menschen mit Impfschäden einrichten und etablieren</b> - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/309 .....	371
<b>MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky</b> (AfD) .....	372
<b>Thomas Uhlen</b> (CDU).....	373
<b>Dr.in Tanja Meyer</b> (GRÜNE).....	375, 376
<b>Stefan Marzischewski-Drewes</b> (AfD).....	376
<b>Dr. Thela Wernstedt</b> (SPD) .....	377
<i>Ausschussüberweisung</i> .....	378

Persönliche Bemerkung:

<b>MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky</b> (AfD) .....	378
---	-----

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung: <b>Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands verurteilen - Freiheitskampf des ukrainischen Volkes unterstützen</b> - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/307 .....	378
<b>Uwe Schönemann</b> (CDU).....	378
<b>Immacolata Glosemeyer</b> (SPD).....	381
<b>Klaus Wichmann</b> (AfD).....	383
<b>Anne Kura</b> (GRÜNE) .....	384
<i>Ausschussüberweisung</i> .....	385

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung:

<b>Sprachkurse des Landes für Erwachsene voranbringen!</b> - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/311 .....	385
<b>Philipp Meyn</b> (SPD) .....	385
<b>Cindy Lutz</b> (CDU) .....	386
<b>Harm Rykena</b> (AfD) .....	388
<b>Eva Viehoff</b> (GRÜNE) .....	389
<i>Ausschussüberweisung</i> .....	390

Nächste Sitzung: ..... 390

**Vom Präsidium:**

Präsidentin	Hanna N a b e r (SPD)
Vizepräsident	Marcus B o s s e (SPD)
Vizepräsidentin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Vizepräsident	Jens N a c k e (CDU)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführerin	Corinna L a n g e (SPD)
Schriftführerin	Annette S c h ü t z e (SPD)
Schriftführer	Guido P o t t (SPD)
Schriftführer	Dennis T r u e (SPD)
Schriftführerin	Anna B a u s e n e i c k (CDU)
Schriftführer	Dr. Karl-Ludwig v o n D a n w i t z (CDU)
Schriftführer	Axel M i e s n e r (CDU)
Schriftführerin	Eva V i e h o f f (GRÜNE)
Schriftführerin	Rashmi G r a s h o r n (GRÜNE)
Schriftführerin	Delia K l a g e s (AfD)
Schriftführer	Jürgen P a s t e w s k y (AfD)

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Ministerin für Inneres und Sport Daniela B e h r e n s (SPD)	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Gerald H e e r e (GRÜNE)	Staatssekretärin Sabine T e g t m e y e r - D e t t e , Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Dr. Andreas P h i l i p p i (SPD)	Staatssekretärin Dr. Christina A r b o g a s t , Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusministerin Julia Willie H a m b u r g (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea H o o p s , Staatssekretär Marco H a r t r i c h , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Miriam S t a u d t e (GRÜNE)	Staatssekretär Dr. Michael M a r a h r e n s , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizministerin Dr. Kathrin W a h l m a n n (SPD)	Staatssekretär Dr. Thomas S m o l l i c h , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Falko M o h r s (SPD)	Staatssekretär Prof. Dr. Joachim S c h a c h t n e r , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Christian M e y e r (GRÜNE)	Staatssekretärin Anka D o b s l a w , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Wiebke O s i g u s (SPD)	Staatssekretär Matthias W u n d e r l i n g - W e i l - b i e r , Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung



Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

**Präsidentin Hanna Naber:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung im 4. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

**Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus**

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Es war kein Wachtraum, ein lebender Toter stand mir gegenüber. Hinter ihm waren im nebligen Dunkel Dutzende anderer Schattenwesen zu erahnen, lebende Skelette. Die Luft roch unerträglich nach Exkrementen und verbranntem Fleisch. Ich bekam Angst, mich anzustecken, und war versucht wegzulaufen. Und ich hatte keine Ahnung, wo ich war. Ein Kamerad sagte mir, wir seien in Auschwitz.“

Es war uns klar, dass etwas Schreckliches über diesem Ort lag: Wir fragten uns, wozu all die Baracken, die Schornsteine und die Räume mit den Duschen gedient hatten, die einen seltsamen Geruch verströmten. Ich dachte an ein paar Tausend Tote - nicht an Zyklon B und das Ende der Menschlichkeit“.

So beschreibt Jakow Wintschenko seine Ankunft in Auschwitz. Wintschenko gehörte zu den Soldaten der Roten Armee, die das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz am 27. Januar 1945 befreiten.

Otto Wolken war bis zu diesem Tag in Auschwitz-Birkenau inhaftiert. Der jüdische Arzt aus Wien wurde nur durch eine glückliche Fügung nicht vergast. Stattdessen fand er sich als Häftlingsarzt in der Quarantänestation des Lagers wieder. Seine Patienten waren oft am Ende ihrer Kräfte: unterernährt, krank, verletzt und von Ungeziefer befallen. „Es war mehr der Körperkraft des Einzelnen überlassen, ob er es überlebt oder ob er es nicht überlebt“, so beschreibt Wolken seine Ohnmacht als Häftlingsarzt, der kaum helfen kann.

In den Auschwitz-Prozessen der 60er-Jahre berichtet Wolken von Nahrungsentzug, von stundenlangem Appellstehen - den ganzen Tag, die ganze Nacht - nur mit dünner Kleidung am Leib und nichts zu essen im Magen, von Schlägen und sogenanntem „Sportmachen“, bei dem Häftlinge Sportübungen bis zur völligen Erschöpfung wiederholen mussten. Es war nur ein Vorwand für mehr Gewalt.

Wolken beschreibt Jagden mit Schusswaffen, die auf Häftlinge gemacht wurden, Racheaktionen, bei denen SS-Aufsichten mit Maschinengewehren wahllos ins Lager hineinschossen, und eine Wette zwischen Aufsichten, ob man auf 50 Schritt einen Genickschuss ausführen könne.

Konzentrationslager waren das Ende der Menschlichkeit.

Wir gedenken heute, am 78. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, aller Opfer des Nationalsozialismus. In der Loge begrüße ich aus diesem Anlass ganz herzlich die Holocaust-Überlebende Ruth Gröne.

(Starker, anhaltender Beifall)

Liebe Ruth Gröne, danke - und schön, dass Sie bei uns sind.

Ich begrüße die Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen, Frau Dr. Seidler. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Herrn Fürst.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich Herrn Franz, den Geschäftsführer des niedersächsischen Verbandes deutscher Sinti und Roma.

(Beifall)

Und ich begrüße Herrn Dr. Enste, den jüngst verabschiedeten Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, und seinen Nachfolger, Herrn Professor Dr. Wegner.

(Beifall)

Wir erinnern heute gemeinsam an die Überlebenden von Entwürdigung, Vertreibung und Folter und gedenken der Ermordeten. Ihnen allen wurde das Menschsein abgesprochen.

6 Millionen Menschen wurden einzig und allein wegen ihres jüdischen Glaubens oder ihrer jüdischen Abstammung ermordet. Die Shoa, der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas, ist der größte Genozid der Menschheitsgeschichte.

Dieser Genozid fand nicht nur in Lagern statt, sondern in vielen Formen. In der Schlucht von Babyn Jar nahe Kiew erschossen Angehörige von Wehrmacht und SS 1941 innerhalb von zwei Tagen mehr

als 33 000 Jüdinnen und Juden. Die Aufforderung, sich zu sammeln, hatte nach einer Umsiedlung geklungen. In Wahrheit wurden die Jüdinnen und Juden in die Schlucht getrieben, Soldaten umstellten das Gelände. Die Opfer mussten sich entkleiden und auf den Boden oder auf die Leichen von zuvor Erschossenen legen. Dann wurden sie der Reihe nach mit Genickschuss ermordet.

Zu den Opfern der Shoa kommen nach Berechnungen des United States Holocaust Memorial Museum schätzungsweise weitere 11 Millionen Menschen, die ebenfalls während des sogenannten Dritten Reichs ermordet wurden. Unter ihnen sind Sinti, Roma, Homosexuelle, Erkrankte, Menschen mit Behinderungen, Menschen, die sich gegen die Ideologie des Nationalsozialismus gestellt hatten, Kriegsgefangene und Menschen aus der europäischen und sowjetischen Zivilbevölkerung.

Insgesamt ermordeten die Nationalsozialisten rund 17 Millionen Menschen. Menschen mit Hoffnungen und Wünschen, Menschen, die im Leben ihrer Freunde und Familien fehlen, weil die Nationalsozialisten entschieden hatten, dass sie nicht leben dürfen.

Auschwitz, der Name des Konzentrations- und Vernichtungslagers, steht wie kaum ein anderer Begriff für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Maschinerie, die die Nationalsozialisten entwickelt hatten, um insbesondere Jüdinnen und Juden in ihrer Existenz zu vernichten, zeigte sich in Auschwitz ebenso wie in Treblinka, Sobibor, Sachsenhausen oder Ravensbrück. Hier standen Gaskammern, Genickschussanlagen und Krematorien - die Ausstattung für einen industriellen Massenmord. An Orten wie diesen ließ die SS die Häftlinge qualvoll durch das Giftgas Zyklon B ersticken. Hier endete die Menschlichkeit.

Als sowjetische Soldaten das Konzentrations- und Vernichtungslager in Auschwitz befreiten, wussten sie nicht, was sie dort erwartet. Hier wurde die Infrastruktur für die industrialisierte Vernichtung von Menschen sichtbar. In der Folge wurde durch die Vielzahl an Lagern, die Berichte von Überlebenden, die Funde von Leichen Ermordeter und offizielle Dokumente das gesamte Ausmaß des nationalsozialistischen Vernichtungswillens deutlich.

Die Nationalsozialisten hatten noch versucht, Beweise ihrer Verbrechen zu vernichten. In Auschwitz hatten sie Öfen aus den Krematorien ausgebaut, Gebäudeteile zerstört und Asche von Ermordeten weggeschafft, bevor die Alliierten das Gelände erreichten.

Die Gefangenen sollten den Alliierten nicht in die Hände fallen. Ihre Arbeitskraft sollte bis zu ihrer Vernichtung ausgenutzt werden. Und so zwangen SS-Aufsichten die Gefangenen über Tage und Wochen gewaltsam zu Fußmärschen Richtung Westen. Oft war es ein zielloses Umherirren zwischen unterschiedlichen Lagern. Warme Kleidung und Verpflegung für die Gefangenen gab es nicht. Wer nicht mehr laufen konnte, wurde ermordet oder zum Sterben zurückgelassen.

Rund 700 000 Menschen waren im letzten Jahr des Zweiten Weltkrieges noch in unterschiedlichen Konzentrations- und Vernichtungslagern gefangen. Von ihnen starben zwischen 200 000 und 350 000 durch Todesmärsche, als der Krieg eigentlich bereits längst entschieden war.

In Auschwitz hatten die Nationalsozialisten schon im Sommer 1944 damit begonnen, Häftlingsgruppen auf andere Lager zu verteilen. Etwa 56 000 bis 58 000 der Menschen, die Mitte Januar 1945 noch in Auschwitz festgehalten wurden, wurden als reisefähig eingestuft. Auch sie wurden in Gruppen von bis zu 2 000 Personen auf Todesmärsche ins Inland geschickt.

Als die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 befreite, befanden sich noch rund 7 500 Gefangene im Lager. Sie waren besonders krank und schwach. Die Nationalsozialisten hatten darauf spekuliert, dass diese Menschen schnell an Hunger und Kälte sterben würden.

Es waren Soldaten der 322. Infanteriedivision der 60. Armee der 1. Ukrainischen Front der Sowjetunion, die das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreiten. In dieser Einheit kämpften u. a. Menschen aus Gebieten der heutigen Ukraine, Russlands und Kasachstans. Viele Soldaten waren selbst jüdischen Glaubens.

Insgesamt waren in der Sowjetarmee Menschen aus mehr als 15 Volksgruppen vertreten. Viele stammten aus Gebieten, die heute eigenständige Staaten sind. Gerade in Zeiten, in denen Souveränität und Selbstbestimmung gewaltsam in Frage gestellt werden, ist es wichtig, dass wir in unserem Erinnern auch die politischen Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigen. Auch wenn es das Erinnern komplexer machen mag, erkennen wir die Geschichte noch junger Staaten und ihren Beitrag zur Befreiung vom nationalsozialistischen Regime an. Unser Dank richtet sich heute an viele Nationen.

Die Befreiung ermöglichte den Aufbau einer neuen Demokratie in Deutschland. Der Anspruch, dass diese Demokratie wachsam und wehrhaft sein soll, ergibt sich aus der Erfahrung, schon einmal Demokratie, Rechtsstaat und Menschlichkeit verloren zu haben.

Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit werden immer wieder herausgefordert, zuletzt vor etwa sieben Wochen, als eine Razzia die Pläne einer Reichsbürgergruppe zum Umsturz unserer freiheitlichen demokratischen Strukturen zutage förderte. Gruppierungen wie diese missachten gezielt demokratische Grundprinzipien wie freie Wahlen oder den Grundsatz der Gleichbehandlung, und sie übergehen bewusst die Lehren, die wir als Gesellschaft aus der nationalsozialistischen Diktatur gezogen haben. Das Wiedererstarken demokratiefeindlicher Ideologien einige Jahrzehnte nach dem größten Zivilisationsbruch überhaupt ist für uns Demokratinnen und Demokraten ein großer Schmerz.

Es gilt, für unsere gesellschaftlichen Werte und unsere Demokratie einzutreten. Dazu gehört auch, sich gegen Diskriminierung zu stellen. Die Vorstellung, dass ein Mensch mehr oder weniger wert ist als ein anderer, führt zu Ausgrenzung oder - wie sich während des Nationalsozialismus in Deutschland zeigte - sogar zu Gewalt, Verfolgung und Ermordung.

Kein Mensch ist mehr oder weniger wert, weil er an etwas Bestimmtes glaubt, auf eine bestimmte Weise lebt oder wen auch immer liebt.

Das Vernichtungslager Auschwitz - dieses Symbol für das Ende der Menschlichkeit - verpflichtet uns dazu, die Menschlichkeit unter allen Umständen zu schützen und für sie einzutreten. Dazu gehört auch, wachsam auf die Einhaltung der demokratischen Grundwerte zu achten.

Moralische Verantwortung kann man nicht anderen überlassen, weder als Privatperson noch als Wirtschaftsunternehmen, Politikerin oder Politiker. Wir alle müssen Verantwortung für das eigene Handeln und die Art unseres Zusammenlebens als Gesellschaft übernehmen, wachsam gegenüber Diskriminierung sein, Mündigkeit fördern und einfordern.

Lassen Sie uns in diesem Geiste unsere parlamentarische Arbeit fortsetzen - mit der Menschlichkeit als oberstem Gebot unseres Handelns.

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Tagesordnungspunkt 19:

#### **Mitteilungen der Präsidentin**

Die Reihen sind sehr gut gefüllt, und ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 20, das ist die Befragung des Ministerpräsidenten. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 13.18 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Schriftführer Axel Miesner mit.

#### **Schriftführer Axel Miesner:**

Entschuldigt haben sich: von der Landesregierung Herr Minister Lies ab 12 Uhr, von der SPD Herr Baatzsch, Herr Bosse und Herr Politze ab 11.30 Uhr, von der CDU Frau Otte-Kinast, Herr Dr. Thümmler ab 10.30 Uhr, von der AfD Herr Jahn, und Herr Lilienthal ist bis 11 Uhr dabei.

#### **Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank.

Wir kommen sodann zu

Tagesordnungspunkt 20:

#### **Befragung des Ministerpräsidenten**

Die Befragung des Ministerpräsidenten ersetzt nach § 47 a unserer Geschäftsordnung im ersten Tagungsabschnitt des Jahres sowie im ersten Tagungsabschnitt nach der parlamentarischen Sommerpause jeweils die Fragestunde.

Jede Fraktion kann bis zu vier Anfragen mit jeweils einem Fragesatz stellen, die zur höchstens dreiminütigen mündlichen Beantwortung durch den Ministerpräsidenten geeignet sind.

Die für die Behandlung aller Arten von Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus. Ich weise besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen ebenso wie Werturteile und parlamentarisch unzulässige Wendungen nicht zulässig sind.

Die Befragung endet nach 90 Minuten. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass gegebenenfalls nach Ablauf der 90 Minuten die zuletzt aufgerufene Frage noch beantwortet werden soll.

Ich stelle fest: Es ist jetzt 9.20 Uhr. Demnach endet die Befragung spätestens um 10.50 Uhr.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass sich die Fragestellerinnen und Fragesteller schriftlich zu Wort melden. Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat rufe ich zunächst die Anfragen auf, die von Mitgliedern der Fraktion der CDU - in diesem Fall ist es ein Mitglied, das alle Fragen stellt - gestellt werden.

Zur ersten Frage erteile ich das Wort dem Abgeordneten Jörn Schepelmann. Bitte!

**Jörn Schepelmann (CDU):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Ministerpräsident, wir sind uns sicherlich darin einig, dass staatliches Handeln verbindlich sein muss. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund, dass insbesondere auch Vertreter Ihrer SPD sowie der Grünen die neue Deutschlandgeschwindigkeit bei Infrastrukturmaßnahmen preisen und die SPD sogar - ich zitiere - den Zeitraum zwischen Planungs- und Baubeginn mindestens halbieren will, frage ich Sie: Wie lässt sich dieses Ziel mit dem Agieren Ihres Verkehrsministers vereinbaren, der den planfestgestellten und vor Gericht bestätigten Ausbau des Südschnellwegs auf einmal infrage stellt?

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Lieber Herr Schepelmann, zunächst einmal stimmen wir in der Tat zu: Es muss schneller gehen. Dazu muss auch das Bemühen gehören, vermeidbare Konflikte zu vermeiden.

Wir haben, was den Südschnellweg angeht, einen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss. Es besteht kompletter Konsens darüber, dass dieser Beschluss umzusetzen ist. Ich freue mich aber sehr darüber, dass das Bundesverkehrsministerium bereit ist, jetzt immer noch über Optimierungen zu reden, die dabei helfen mögen, dass wir überflüssige Konflikte vermeiden.

Ich würde insbesondere auch unter dem Eindruck der Geschehnisse in Lützerath sagen, dass wir alle vielleicht ein Interesse daran haben, das, was zu tun ist, in jedem Fall zu tun, aber auch das, was an Konflikten vermieden werden kann, zu vermeiden.

Insofern unterstütze ich ausdrücklich das, was Verkehrsminister Olaf Lief in dieser Hinsicht derzeit initiiert.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Jörn Schepelmann zur zweiten Frage, bitte!

**Jörn Schepelmann (CDU):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Ministerpräsident, da Sie das Agieren Ihres Ministers gerade eben begrüßt haben und vor dem Hintergrund, dass dieser Minister - Herr Lies - zu planfestgestellten Vorhaben Gesprächskreise mit Personen einsetzt, die Protestcamps beziehen, die verumumt an Podiumsdiskussionen teilnehmen und elementare Bestandteile von planfestgestellten und vor Gericht bestätigten Vorhaben infrage stellen, frage ich Sie: Wie wollen Sie die von Ihnen selbst eingeforderte Beschleunigung bei Infrastrukturmaßnahmen generell, z. B. auch den nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien, durchsetzen, wenn Sie das fatale Signal in die Bevölkerung aussenden, dass rechtsgültige Planverfahren immer wieder infrage gestellt werden dürfen?

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Ministerpräsident!

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Lieber Herr Schepelmann, ich glaube, ich kann mich auf meine erste Antwort beziehen. Der Planfeststellungsbeschluss ist eine Grundlage, die von uns nicht in Zweifel gezogen wird. Das ist auch die Grundlage der Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium.

Dennoch ist es inzwischen ausdrücklich Sicht des Bundesverkehrsministeriums, dass man vorher reden sollte, um zu schauen, was an Konflikten vermieden werden kann. Im Ernst: Niemand von uns kann doch dagegen etwas haben, oder?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Schepelmann zur dritten Frage! Und ich weise noch einmal darauf hin, dass die Anfragen knapp

und sachlich sagen sollen, worüber Auskunft gewünscht wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Waren sie doch! Das hat er wirklich!)

**Jörn Schepelmann (CDU):**

Nichts anderes habe ich weiterhin vor. Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund der Äußerungen des grünen Oberbürgermeisters Onay - Ihr Nachfolger -, der die Ausbauplanung für völlig aus der Zeit gefallen hält, sowie Äußerungen Ihrer jetzigen Stellvertreterin - leider ist sie gerade nicht da -, Ministerin Hamburg von den Grünen, die vor der Wahl sagte, dass die neu gebildete Landesregierung den Ausbau anders bewerten könne, frage ich Sie: Wann machen Sie von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch und teilen Ihrem Koalitionspartner mit, dass der planfestgestellte Beschluss zum Ausbau des dringend benötigten Südschnellwegs mit der aus Sicherheitsgründen relevanten Verbreiterung nicht mehr angerührt wird und staatliches Handeln Verbindlichkeit erfordert, auch von einer grünen Partei?

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Ministerpräsident, bitte!

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Herr Kollege Schepelmann, von der Richtlinienkompetenz habe ich in den nunmehr fast zehn Jahren, in denen ich Ministerpräsident sein darf, noch kein einziges Mal Gebrauch machen müssen - noch nicht einmal zu der Zeit, als wir noch gemeinsam regiert haben, lieber Herr Schepelmann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In der Sache selbst kann ich Ihnen nun zum, ich glaube, dritten Mal bestätigen, dass der Planfeststellungsbeschluss von der Landesregierung ausdrücklich als Grundlage all dieser Gespräche gesehen wird.

(Zuruf von Jörn Schepelmann [CDU])

- Das ist eine wirklich ernst gemeinte Aussage.

Wir sehen ja in der Tat, dass eine rechtsgültige Grundlage nicht in Zweifel gezogen werden kann.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Nicht in Zweifel!)

Auf dieser Grundlage zu versuchen, Konflikte zu vermeiden, das ist allerdings den Schweiß der Edlen wert, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Lechner [CDU]: Ja, aber wie soll es gehen?)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Die letzte Frage für die Fraktion der CDU: Kollege Jörn Schepelmann!

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Herr Schepelmann, überraschen Sie uns!)

**Jörn Schepelmann (CDU):**

Ich soll Sie überraschen? Ich gebe mein Bestes, Herr Tonne.

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Ulrich Watermann [SPD]: Wir sehen mal, was kommt!)

- Sie müssen nicht so nervös sein. Auch ich möchte mal vom Thema wegkommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihre bisherigen Antworten und die Bestätigung, dass der Südschnellweg so gebaut wird wie beschlossen; da sind wir ganz bei Ihnen.

In Ihrem Koalitionsvertrag - der eher „Uneinig mit Zeiten des Stillstandes“ heißen sollte - werden viele wichtige weitere Infrastrukturprojekte ausweichend bis gar nicht behandelt. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wie stehen Sie persönlich als Chef dieser Landesregierung zum Weiterbau der A 20, der A 39, der E 233 sowie zum dringend benötigten Alpha-E in Niedersachsen?

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Ministerpräsident, bitte!

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schepelmann, die von Ihnen genannten Projekte sind, soweit ich mich erinnere, samt und son-

ders Teil des gesetzlich festgestellten Bundesverkehrswegeplans in der Rubrik „Vordringlicher Bedarf“. Damit ist die Gesetzes- und Rechtslage völlig eindeutig. Das gilt übrigens nach dem gemeinsamen Verständnis für alle Vorhaben, die dort festgelegt sind. Und solange der Bundestag diese Regelung nicht ändert, gilt der gesetzliche Auftrag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Das ist Ihre Meinung? - Jörn Scheepelmann [CDU]: Danke schön!)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank. - Wir kommen nun zu den Anfragen, die von Mitgliedern der Fraktion der AfD eingebracht werden. Zur ersten Frage erteile ich das Wort dem Abgeordneten Stephan Bothe.

**Stephan Bothe (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gestern haben alle Fraktionen hier im Landtag ihre Wertschätzung und ihren Respekt gegenüber Einsatz- und Rettungskräften ausgedrückt. In der Silvesternacht sind auch in Niedersachsen Polizisten und Feuerwehrleute - beispielsweise in Garbsen - verletzt worden. Auch die Landesregierung hat gestern über ihre Innenministerin - - -

**Präsidentin Hanna Naber:**

Eine Frage, bitte!

(Zurufe von der AfD)

**Stephan Bothe (AfD):**

Ich komme ja gleich dazu.

(Wiard Siebels [SPD]: Nein, Sie dürfen keine Vorbemerkung machen!)

- Ich komme ja gleich dazu.

Sie hat gestern ihre Wertschätzung gegenüber den Rettungskräften ausgedrückt.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie ganz persönlich: Wenn auch Sie diese Rettungs- und Einsatzkräfte so schätzen, warum haben Sie die verletzten Feuerwehrleute nicht besucht, die Feuerwache nicht besucht oder die verletzten Polizisten und Feuerwehrleute nicht zu sich eingeladen, um ihnen Respekt zu zollen?

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Bevor ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort gebe: Ich weiß nicht, welcher Kollege der AfD-Fraktion das war, aber wir lassen es nicht zu, das Verhalten des Präsidiums als „lächerlich“ zu bezeichnen. Ich werde das im Protokoll nachprüfen lassen und gegebenenfalls einen Ordnungsruf dafür erteilen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Die scharfe Kritik der Landesregierung an den Vorkommnissen, die Sie schildern, Herr Kollege, ist bekannt. Sie ist insbesondere auch allen Betroffenen bekannt. Das Verhältnis zwischen der Landesregierung, der Polizei und den Feuerwehrleuten überall im Land ist so gut, dass es in dieser Hinsicht überhaupt keiner Aufklärung bedarf. Gehen Sie davon aus, dass alle Mitglieder der Landesregierung - wie wir wissen, auch alle Mitglieder des Landtages - sich in dieser Haltung völlig einig sind.

Das beantwortet Ihre Frage wahrscheinlich besser, als das zu beantworten, wonach Sie gefragt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Zur zweiten Anfrage seitens der AfD-Fraktion bitte ich den Kollegen Marcel Queckemeyer hier ans Redepult.

**Marcel Queckemeyer (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Ministerpräsident, wie stehen Sie aufgrund der Energiekrise als Landesregierung zu weiteren Forschungen im Bereich der Kernenergie und der Kernfusion?

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Das war eine kurze und präzise Frage, die ich jetzt den Ministerpräsidenten bitte zu beantworten.

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Herr Kollege, die Landesregierung ist sich einig, dass die Atomenergie keine Zukunft haben sollte. Deswegen wird es von unserer Seite aus in dieser Hinsicht - was die Atomenergie angeht - auch keine entsprechenden Förderungen etc. geben.

Was Kernfusion angeht, muss ich sagen, ist der Forschungsstand - soweit ich ihn überhaupt kenne - noch nicht so weit fortgeschritten, dass man hierzu eine vernünftige politische Aussage treffen könnte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank. - Für die dritte Frage der AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Alfred Dannenberg das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Alfred Dannenberg (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, muss erst einem Menschen etwas zustoßen, bevor Ihre Landesregierung eine Bejagung des Wolfs anordnet?

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Ministerpräsident, bitte!

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Herr Kollege, die Antwort lautet: Nein. Allerdings handelt die Landesregierung selbstverständlich streng auf der Basis geltenden Rechts, insbesondere auch des höherrangigen Bundes- und EU-Rechts.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Zur letzten Frage für die AfD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Omid Najafi das Wort.

**Omid Najafi (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Ministerpräsident, wie planen Sie den im Koalitionsvertrag beschriebenen Bau von 100 000 Sozialwohnungen unter dem Aspekt der aktuell dramatischen Lage in der niedersächsischen Bauwirtschaft?

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Das steht im Koalitionsvertrag! Sie müssen mal weiterlesen! Das kann doch nicht so schwierig sein!)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank. - Herr Ministerpräsident, bitte!

**Stephan Weil, Ministerpräsident:**

Herr Kollege, zum einen ist Ihnen bekannt, dass wir durch eine Landeswohnungsbaugesellschaft versuchen wollen, auch eigene Akzente auf dem Wohnungsmarkt zu setzen und insoweit gerade die Personengruppen besonders zu berücksichtigen, die im Rahmen des allgemeinen Marktgeschehens besonders Probleme haben. Zum anderen wird ein wesentlicher Teil unserer Anstrengungen darin liegen müssen, gemeinsam noch einmal zu schauen, ob wir bei den Baukosten Handlungsspielräume haben, die derzeit noch nicht genutzt werden.

Ich erinnere mich beispielsweise an einen Besuch bei der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft in Wolfsburg. Es ist eindrucksvoll, wie Neubau unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien deutlich kostengünstiger stattfinden kann, als es typischerweise der Fall ist. Von solchen Beispielen sollten wir unbedingt lernen. Ich habe erst in der letzten Woche hierzu ein Gespräch mit dem Verband der Bauindustrie gehabt. Da ergeben sich, glaube ich, noch eine ganze Reihe von Spielräumen, auf die wir uns konzentrieren müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident.

Weitere Anfragen zur Befragung des Ministerpräsidenten liegen mir nicht vor. Damit ist die Befragung des Ministerpräsidenten für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Wir kommen sodann zu

Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung:

**„Zukunftsprogramm Diversifizierung“ Wege aus der Krise in der Schweinehaltung: Höfe erhalten - neue Betriebszweige erschließen** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/316](#)

Zur Einbringung des Antrags hat sich der Kollege Christian Schroeder von Bündnis 90/Die Grünen gemeldet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Christian Schroeder (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für Jahrzehnte galt Niedersachsen als das Land, in dem es mehr Schweine als Menschen gab. Positive Auswirkungen auf die Region, aber natürlich auch die negativen Auswirkungen auf die Umwelt sind uns allen bekannt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Krisen dieser Zeit, aber auch das Konsumverhalten der Menschen im Ergebnis zu einer deutlichen Reduzierung der Schweinebestände in Niedersachsen führten. Diese Entwicklung wird auch weiter anhalten. Mit der Corona-Pandemie und auch mit dem daraus folgenden Schlachtstau, mit dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest in Niedersachsen und den daraufhin folgenden Exporteinschränkungen, mit den steigenden Futtermittelpreisen, mit den rasant steigenden Energiepreisen infolge des russischen Angriffskrieges - mit all diesen Faktoren kamen Aufgaben auf unsere heimischen Halter\*innen zu, die so nicht vorhersehbar waren.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht unerwähnt lassen, dass es auch in der letzten Wahlperiode schon reichlich Diskussionen um die Diversifizierung gegeben hat. Viele von Ihnen waren dabei und wissen, dass es dabei auch zu Fehleinschätzungen gekommen ist. Es wurde lange davon ausgegangen, dass die Situation sich nach der ersten Krise schon wieder erholen werde. Dann kamen die zweite und die dritte Krise. Und jetzt? Was ist zu tun?

Ich möchte nicht mehr zurückschauen. Ich möchte, dass wir gemeinsam nach vorne schauen, dass wir Lösungen suchen, dass wir am Ende auch gemeinsam Lösungen präsentieren - Lösungen, die den heimischen Betrieben helfen, mit den Folgen dieser Herausforderungen umzugehen und diese abzumildern.

Die Schweinebestände in Niedersachsen werden auch weiterhin zurückgehen. Wenn wir diesen unumkehrbaren Prozess jetzt nicht begleiten, dann wird auch das Höfesterben im ländlichen Raum weitergehen. Dabei wollen wir doch gerade im ländlichen Raum die Betriebe erhalten, die Arbeitsplätze erhalten. Dazu muss den Betrieben auch ein Einstieg in andere Betätigungsfelder, in eine neue, innovative Landwirtschaft ermöglicht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin sicher, dass dieser notwendige Wandel, wenn er denn von uns auch unterstützt wird, eine

enorme Chance bietet. Wir werden die Landesregierung dabei unterstützen, das „Zukunftsprogramm Diversifizierung“ aufzustellen. Wir werden den Umstieg der Betriebe auf neue landwirtschaftliche Produktionen so einfach wie möglich gestalten müssen.

Besonders förderfähig sind aus unserer Sicht die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die bislang nicht in Niedersachsen produziert wurden oder die bisher sogar importiert werden mussten. Es gibt jetzt schon vielversprechende, innovative Ideen, die sich viele ohne entsprechende Förderung aber gar nicht umzusetzen trauen werden.

Wir waren im Rahmen der Grünen Woche bei den Start-ups, den Gründer\*innen der niedersächsischen Foodbranche. Es ist absolut beeindruckend, mit wie viel Kreativität dort an die Herausforderungen der Branche herangegangen wird. Diese Aufbruchsstimmung können wir doch nutzen, meine Damen und Herren!

Die Entwickler\*innen, die verarbeitenden Betriebe, die Produzent\*innen, alle landwirtschaftlichen Betriebe müssen mit den Nachfragenden zusammengebracht werden. Vernetzung wird wichtiger als je zuvor, und zwar nicht nur bei der Vermarktung der regionalen Produkte, sondern auch der Produkte, die vielleicht für die Baubranche interessant werden können.

Wir können, nein, wir müssen sogar an die bisher geleistete Entwicklungsarbeit durch das ML und das MW anknüpfen und viel mehr über entsprechende Kooperationen zwischen den Fachbereichen reden. Reimund Neugebauer, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, hat gestern beim Parlamentarischen Abend eindrucksvoll erläutert, wie diese Zusammenarbeit aussehen kann und welche Ideen es hierzu gibt.

Regionale Gegebenheiten sowie die örtlich vorherrschende Tierdichte sind aus unserer Sicht dringend als Kriterien der Förderwürdigkeit zu berücksichtigen. Hier müssen wir dann eben doch einen Blick zurück wagen und schauen, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist. Ich möchte betonen, dass es nicht darum geht, Vorwürfe in irgendeine Richtung zu senden. Vielmehr geht es darum, aus den Fehlern zu lernen und diese nicht zu wiederholen.

Investitionen zum Einstieg in die oder zum Ausbau der Haltung anderer Tierarten dürfen nicht zu einer gesamtbetrieblichen Erhöhung des Viehbesatzes führen. Auch hier gilt es, aus der Vergangenheit zu

lernen. Eine diverse Ausrichtung macht die Betriebe krisensicherer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Es wird immer wieder Diskussionen darüber geben, ob man den Ausstieg aus einer Branche, in der eine ganze Zeit lang gutes Geld verdient wurde, wirklich hoch bezuschusst werden muss. Meine Antwort darauf ist klar: Ja! - Jeder ausgegebene Euro, der die Landwirtschaft in eine bessere Zukunft führt, ist ein gut angelegter Euro. Die Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Aufrechterhaltung der Ernährungssicherheit. Die Landwirtschaft sichert Arbeitsplätze. Damit beugt sie auch einer Entvölkerung der ländlichen Regionen vor. Außerdem erhält sie den ländlichen Kulturraum.

Ich stelle fest: Die landwirtschaftlichen Betriebe befinden sich zweifelsohne in einer existenzbedrohenden Situation. Viele Betriebe sind schon verschwunden, und einige werden wohl noch verschwinden. Halter\*innen haben aufgegeben - oftmals ohne eine Perspektive, was sie stattdessen produzieren sollten.

Um dieser Entwicklung schnell und effektiv entgegenzuwirken, ist es jetzt wichtig, zeitnah Mittel in den nächsten Haushalt einzuplanen. Vor diesem Hintergrund und mit der gebotenen Sachlichkeit möchte ich gemeinsam mit Ihnen den besten Weg suchen, unsere landwirtschaftlichen Betriebe - mit ihnen gemeinsam müssen wir diese Diskussion führen - aus der Schweinehaltung sicher in die Zukunft zu führen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank, Herr Schroeder.

Ein kleiner Hinweis an alle künftigen Rednerinnen und Redner: Die Zeiterfassung läuft noch nicht so ganz rund. Lassen Sie sich nicht irritieren, wir haben alles im Griff.

Ich erteile für die AfD-Fraktion Alfred Dannenberg das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Alfred Dannenberg (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Wir leben in einem natürlichen Gunstraum

und haben eine der effizientesten und nachhaltigsten Landwirtschaften der Welt. Sie versorgt uns alle mit Nahrungsmitteln in einer höheren Qualität, als je eine Generation vor uns auf dem Teller hatte. Dazu zählt auch ernährungsphysiologisch wichtiges Fleisch Made in Germany.

Und dann kam die grüne Ideologie. Sie hat alles dafür getan, die Tierhalter zu verunglimpfen und zu demoralisieren, mit immer neuen Tierhaltungsaufgaben, immer mehr Kontrollen, immer mehr Bürokratie die Betriebe wirtschaftlich in den Ruin getrieben.

Und die Parteien, die in diesem Sinne alles dafür getan haben, unseren Landwirten Knüppel zwischen die Beine zu werfen, stellen jetzt einen Antrag: Man müsse den Betrieben helfen. - Hört, hört! Welch eine eklatante Widersprüchlichkeit!

Und noch ein Widerspruch: Die Landwirtschaft im Ausland, wie Sie alle wissen, arbeitet mit deutlich niedrigeren Standards als hier: mehr Umweltbelastung, mehr unerwünschte Rückstände in den Erzeugnissen, aber vor allem eines: billig. Und diese billigen Erzeugnisse werden hierher importiert. Das müssen wir uns alle klarmachen. Der K.-o.-Schlag für unsere Betriebe!

Und die angebliche rot-grüne Rettung der kleineren Höfe ist nur eine reine Farce. Unsere Nahrungsmittelherstellung wandert ins Ausland ab. Es wird nicht weniger Fleisch produziert, es wird nur woanders produziert. Aber dafür sollen wir jetzt ja Ungeziefer essen - nebenbei gesagt.

Jedenfalls: Ihr wohlklingendes „Zukunftsprogramm Diversifizierung“ ist nur ein Feigenblatt - ein Blendwerk, mit dem Sie jetzt noch eine kleine Reinwaschung versuchen wollen. „Diversifizierung“ - ernsthaft? Als hätten die Betriebe nicht längst alle Register gezogen: Dorfläden, Wohnungen, Pensionsställe, Ferien auf dem Bauernhof usw. Bei wem Diversifizierung möglich war, der hat es längst gemacht.

Originell fand ich auch Ihren Vorschlag, man könne doch auf die Putenmast ausweichen - steht ja in Ihrem Antrag. Nur zur Erinnerung: Seit Jahren grassiert bei uns die Geflügelpest, betrifft auch die Puten. Mit Ihnen wird jedenfalls das Sterben der hiesigen Betriebe munter weitergehen. Ach nein, man sagt ja - frei nach Habeck -: Sie produzieren nur nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Und die AfD-Fraktion, meine Damen und Herren, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die

Landesregierung das auch gar nicht so schlecht findet, winkt ihr doch neuer Platz für noch mehr Blühwiesen, Windräder, Freiflächenphotovoltaik, Schutzgebiete und Logistikzentren. Ganz nebenbei steht übrigens unsere Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln auf dem Spiel. Das geht mit den Nahrungsmitteln aus dem Ausland exakt so lange gut, bis wieder mal ein Frachter in einem Kanal quersteht oder eine Krise Warenströme beeinträchtigt. Was hier los sein mag, wenn mal nicht das Toilettenpapier alle ist, sondern das Essen, wollen wir uns alle lieber nicht ausmalen.

So, und hier kommen die konstruktiven Alternativen meiner Fraktion: Wenn Sie unseren Landwirten wirklich helfen wollen, meine Damen und Herren, dann braucht es z. B. massiven Bürokratieabbau, Düngung und Pflanzenschutz im Rahmen einer guten fachlichen Praxis für gute Erträge. Bedenken Sie bitte: Die Welt lechzt nach Nahrungsmitteln! - Und machen Sie unsere Landwirte wieder konkurrenzfähig! Unterbinden Sie die Billigimporte zu niedrigeren Standards! Unsere Bauern benötigen Fair Play und keine Almosen.

Das Essen freilich könnte ein bisschen teurer werden. Und wenn Sie meinen, dafür hätten Sie kein Geld, schauen Sie mal, wofür die Euro sonst so ausgegeben werden: Ideologieprojekte, aufgeblasene Ideologie, Ausgaben für Personen, die längst hätten abgeschoben werden müssen.

Ich möchte schließen mit einem Bild: Sie haben das Haus angezündet und immer kräftig nachgelegt. Jetzt kommen Sie noch mal gönnerhaft mit einem kleinen Eimerchen Löschwasser, um sich als Feuerwehrmann zu gerieren. Aber wirklich löschen können Sie damit nicht. Das wollen Sie auch gar nicht. Denn in Wirklichkeit schielen Sie bereits auf den schon frei gewordenen Bauplatz. Ihr Programm ist so eine Art begleitete Sterbehilfe. Stirbt der Bauer, stirbt das Land - Rot-Grün sei Dank!

Aber an alle Zuschauer da draußen, insbesondere die Landwirtschaftsfamilien: Denken Sie daran, es gibt eine Alternative, und die lehnt diesen Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Hartmut Moorkamp das Wort.

(Beifall bei der CDU)

**Hartmut Moorkamp (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niedersachsen präsentiert sich in diesen Tagen auf der Grünen Woche in Berlin als das Agrarland Nummer eins in Deutschland. Diese stolze Entwicklung haben wir vor allem dem Fleiß und Tatendrang unserer Bäuerinnen und Bauern über Generationen hinweg zu verdanken, die uns täglich mit hochwertigen und sicheren Lebensmitteln versorgen und die hierfür viel zu selten die notwendige gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema Ernährungssicherheit hat seit dem Beginn des Ukrainekrieges eine völlig neue Bedeutung bekommen. Um die Versorgung mit Lebensmitteln auch zukünftig sicherzustellen und um die gesellschaftliche Akzeptanz wiederzuerlangen, befindet sich der gesamte Agrarsektor in einem Transformationsprozess. Uns allen ist bekannt, dass der Umbau der Tierhaltung gesellschaftlich, wirtschaftlich und ökologisch die zentrale Herausforderung dieses Prozesses ist.

Die Tierhaltung gehört zu Niedersachsen. Sie sichert seit Jahrzehnten eine hohe Wertschöpfung und ist mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen in vor- und nachgelagerten Bereichen von großer Bedeutung. Der aktuelle Strukturbruch in der Tierhaltung und die damit verbundenen dramatischen Folgen für den ländlichen Raum werden eindeutig und auf wissenschaftlicher Grundlage in der TRAIN-Studie der Uni Vechta dargestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn wir uns heute mit einem Entschließungsantrag zum Umstieg bzw. Ausstieg aus der Schweinehaltung befassen, möchte ich eines deutlich machen: Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Tierhaltung in Niedersachsen eine Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Schweinehaltung in Niedersachsen steckt in einer nie zuvor erlebten Krise. Die Corona-Pandemie, der Schweinestau und ein verändertes Konsumverhalten wurden bereits genannt. Auf der anderen Seite hat der Ausbruch der ASP in Deutschland zu gravierenden Marktverwerfungen für unsere Tierhalter gesorgt, die zunehmend nicht mehr kompensiert werden können.

Trotz aller Diskussionen um den Selbstversorgungsgrad in Deutschland: Unsere Tierhalter müs-

sen im internationalen Wettbewerb am Markt bestehen; denn unser Nachfrageverhalten erfordert sowohl Importe von Edelteilen als auch Exporte von Dingen, die wir nicht mehr essen wollen. Somit sind wir auf freien Handel zwingend angewiesen, dem die Betriebe aber nur standhalten können, wenn sie wettbewerbsfähig sind.

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei der AfD)

Alles andere führt zu einer Verlagerung der Produktion in Länder, die billiger produzieren können. Dies kann und darf nicht unser Ziel sein; denn das hilft vor allen Dingen nicht den Tieren, die dort sicherlich keine besseren Standards vorfinden werden.

Der Entschließungsantrag der die Landesregierung tragenden Fraktionen soll unseren Betrieben nun eine Zukunftsperspektive bieten. Doch leider geht es bei diesem Antrag nicht um die Neuausrichtung der Schweinehaltung in Niedersachsen und schon gar nicht um Zukunftsperspektiven; denn dieses Programm führt in vorgelegter Fassung schlichtweg nur zu einem weiteren Bestandsabbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zwar durchaus zu begrüßen, dass man die schweinehaltenden Betriebe beim Umstieg in andere Produktionsbereiche begleiten und finanziell unterstützen möchte. Doch es stellt sich eine zentrale Frage, und diese wird nicht beantwortet: Wohin sollen sich die Betriebe denn entwickeln?

Ich möchte zwei Beispiele nennen.

Erstens. Von der Landwirtschaftsministerin wurde während der Grünen der Umstieg in die Champignonproduktion genannt.

(Marcel Queckemeyer [AfD] lacht)

Wer dies als Alternative erwähnt, der sollte wissen, dass man von insgesamt 30 Produzenten in ganz Deutschland spricht und dass es sich hierbei um einen absolut spezialisierten Markt handelt - der somit, wenn überhaupt, nur für einige wenige Betriebe infrage kommt, am allerwenigsten sicherlich für Quereinsteiger.

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei der AfD)

Zweitens. Erwähnt wird in dem Antrag der Umstieg auf andere Tierarten, speziell die Putenmast. Angesichts der vom Bundeslandwirtschaftsministerium Ende 2022 vorgeschlagenen Platzvorgaben ist dies wohl ebenfalls keine zukunftsfähige Investition, sondern in dieser Form ebenfalls ein Auslaufmodell in

Niedersachsen. Das aktuelle Bau- und Immissionsschutzrecht steht dem Umstieg auf andere Tierarten ebenfalls entgegen. Auch diese Tatsache ist allen bestens bekannt.

Anhand dieser Beispiele wird schnell deutlich, dass die Lösung des Zielkonflikts eben doch nicht so einfach ist, wie es versucht wird, darzustellen. Die CDU-Fraktion hat große Zweifel daran, dass dieses Zukunftsprogramm überhaupt dort ankommt, wo es letztendlich benötigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, dass wir Veränderungen in der Schweinehaltung benötigen. Doch die größte Hilfe und ein echtes Zukunftsprogramm für unsere Schweinehalter in Niedersachsen ist schlicht und einfach: Die Betriebe brauchen mehr Planungssicherheit.

Das heißt konkret: Der Bund muss endlich das Konzept der Borchert-Kommission für einen tiergerechten und zukunftsfähigen Umbau der Tierhaltung umsetzen. Und „Borchert“ muss so umgesetzt werden, wie es die Kommission vorgeschlagen hat - nicht häppchenweise und in Raten, sondern in einem Rutsch und mit allem, was dazu gehört: Tierwohl-Label, ein dauerhaft gesichertes und ausreichend ausgestattetes Finanzierungskonzept, langfristige Verträge über 20 Jahre für alle teilnehmenden Betriebe und eine Anpassung des Bau- und Immissionsschutzrechts. Dazu gehört auch eine einheitliche europäische Perspektive anstatt nationaler Alleingänge.

(Beifall bei der CDU)

Das Konzept der Borchert-Kommission beschreibt die Maßnahmen, die unsere Betriebe tatsächlich benötigen, die eine Perspektive bieten, die einen Umbau der Tierhaltung in Richtung von mehr Tierwohl in Gang setzen, die den Strukturbruch stoppen und somit einen weiteren Rückgang der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Land- und Ernährungswirtschaft ist nach der Automobilbranche der zweitwichtigste gewerbliche Wirtschaftszweig in Niedersachsen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass dies auch zukünftig noch der Fall ist!

Dazu bedarf es aber auch der notwendigen Ehrlichkeit, wenn wir unseren Betrieben nach den zahlreichen Enttäuschungen und Krisen der letzten Jahre eine Perspektive bieten und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen wollen. Geht es aber in Wirklichkeit nur um einen weiteren verpackten Bestandsabbau,

der mit einem Förderprogramm garniert wird, das am Ende keinen Nutzen bringt, dann sollte dies genau so offen kommuniziert werden.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank, Kollege Moorkamp. - Für die SPD-Fraktion erteile ich nun das Wort dem Abgeordneten Christoph Willeke. Bitte!

(Beifall bei der SPD)

**Christoph Willeke (SPD):**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Berufskolleginnen und -kollegen der Landwirtschaft! Liebe Damen und Herren dieses Parlaments! Der EU-Kommissar Janusz Wojciechowski wies bei der Grünen Woche eindrucksvoll auf das anhaltende Höfesterben in Europa hin. Auch Niedersachsen, wie bereits festgestellt, ist keine Ausnahme.

Besonders die schweinehaltenden Betriebe stehen vor einer komplett neuen Marktsituation. Sinkende Nachfrage trifft auf kriegsbedingt hohe Preise für Futtermittel und Energie sowie auf die Afrikanische Schweinepest. Durch den Wegfall weiterer Betriebe leidet die gesamte Wertschöpfungskette der Landwirtschaft.

Mit diesem Antrag stellen wir uns diesem Negativtrend in den Weg und wollen neue Wertschöpfung in den ländlichen Raum bringen. Den Landwirtinnen und Landwirten soll es ermöglicht werden, ihre Schweineställe in andere Geschäftsfelder zu überführen. Den finanziellen Möglichkeiten des Landes entsprechend, soll eine Anschubfinanzierung Möglichkeiten schaffen, um über die Transformation der Landwirtschaft, insbesondere der Tierhaltung, nicht nur zu reden, sondern sie aktiv mit unseren Landwirtinnen und Landwirten zu gestalten.

Der Bund hat bereits ein Konzept vorgestellt, in welchem zunächst 1 Milliarde Euro für den Stallum- und -neubau bereitgestellt werden sollen. Es bedarf folgerichtig einer engen Abstimmung mit dem Bund und der EU, damit das Vorhaben des Stallumbaus als Ganzes gelingen kann.

Niedersachsen als Agrarland Nummer eins erweitert dieses Konzept des Neu- und Umbaus um die

Komponente der Umnutzung. Stallumbau, Stallneubau, Stallumnutzung - das geschieht nicht von heute auf morgen. Es ist eine Mammutaufgabe, ein solches Projekt mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Dies gilt insbesondere in den aktuellen Zeiten und auch für Niedersachsen, welches im Vergleich zum Bund und zur EU begrenzte Gesetzgebungskompetenzen und überschaubare finanzielle Mittel aufweisen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Aufgabe ist groß. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auf den Weg machen. Ich bin überzeugt, dass wir in die Landwirtschaft zukunftsgerichtet investieren müssen. Ich lade uns als Gesellschaft dazu ein: Investieren wir in die Ernährung von morgen - egal, ob es um die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, andere Tierhaltungsformen oder neue Lebensmittelbranchen wie Vertical Farming, In-vitro-Fleisch, Algen- und Pilzzucht usw. geht!

Herr Mohrmann, das muss ich dazu sagen: Nur weil es im Moment noch kleine Branchen sind, heißt das ja nicht, dass wir diese Güter weiterhin importieren müssen, sondern dass wir diese für die niedersächsische Wertschöpfung gewinnen müssen. Dass es im Moment vielleicht noch wenige Pilzzüchter gibt, heißt ja, dass wir diesen Markt noch erschließen können. Das versuchen wir ja hier.

(Beifall bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]:  
Das nennt sich Planwirtschaft, was Sie da gerade sagen!)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Einen Moment, Herr Kollege! Ich glaube, Sie haben eben den Redner Moorkamp adressieren wollen und nicht den Kollegen Mohrmann - der gerade etwas irritiert guckt.

**Christoph Willeke (SPD):**

Entschuldigung!

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Wir sind ein Superteam, das ist alles in Ordnung! - Heiterkeit)

All diese rasant wachsenden Märkte dürfen wir nicht ausschließlich China, den Niederlanden oder Kalifornien überlassen und auch nicht Großkonzernen, sondern diese Branchen mit oftmals langen Wertschöpfungsketten müssen neue Betriebsgründungen und den Erhalt bestehender Betriebe bei uns in Niedersachsen ermöglichen. Das schieben wir in

diesem Antrag an, und dabei wollen wir die Landwirtinnen und Landwirte begleiten und entsprechende Konzepte mit ihnen und für sie entwickeln.

Natürlich braucht es für so einen neuen Betriebszweig jede Menge Innovationskraft der Landwirtinnen und Landwirte. Gleichzeitig, und das sage ich als Landwirt, kenne ich keine Branche, die so tatkräftig ist. Ich traue uns das zu. Darum geht es in diesem Antrag: um Wertschöpfung in den Zukunftsfeldern der Landwirtschaft, um Innovation. Und es geht darum, den Betrieben, die unverschuldet vor große Probleme gestellt werden, Perspektiven aufzuzeigen.

Es ist unser Anliegen, durch die Förderung von Innovation und neuen Wertschöpfungsketten eine möglichst hohe Selbstversorgung in bisher eher mäßig vertretenen Feldern der landwirtschaftlichen Produktion sicherzustellen. Dabei behalten wir den Selbstversorgungsgrad bei den verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen genau im Blick. Das beinhaltet ausdrücklich auch die Selbstversorgung mit Schweinefleisch.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben viel vor. Gerade die Landwirtschaft ist in einem großen Umbruch, und dieser ist vor allem an vielen Stellen teuer. Ob es um die Wiedervernässung von Mooren geht oder um Stallumbau und -umnutzung: Die Landesregierung ist mit diesem Antrag aufgefordert, zu prüfen, wie und in welchem Ausmaß ein Förderprogramm umgesetzt werden kann.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung hat sich Ministerin Miriam Staudte zu Wort gemeldet. Bitte schön!

**Miriam Staudte**, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz auf das eingehen, was hier gesprochen worden ist.

Selbstverständlich begrüße ich ausdrücklich den vorliegenden Antrag. Wir haben tatsächlich feststellen müssen, dass die Schweinebranche sich in einer katastrophalen Situation befindet und unter einem erheblichen Veränderungsdruck leidet. Das

hat angefangen mit der ASP, mit Corona, aber natürlich auch mit einem veränderten Konsumverhalten. Wir müssen alle feststellen, dass der Konsum von Fleisch, insbesondere von Schweinefleisch, kontinuierlich zurückgeht. Jetzt in der Krise hat es noch einmal einen ganz deutlichen Abschwung gegeben.

Der Ansatz ist, hier konstruktiv zu reagieren. Das Förderprogramm des Bundes, das einen Umbau in Richtung mehr Tierwohl ermöglicht, soll durch ein Diversifizierungsprogramm auf Landesebene ergänzt werden. Das ist wirklich ein ganz neuer Ansatz, mit der Situation umzugehen.

Sehr geehrter Herr Moorkamp, Sie haben dargelegt, dass wir mehr auf den Export schauen müssten. Nein, ich glaube, wir müssen alle feststellen, dass das Mantra des Exports sich überholt hat, dass wir uns auf die Binnensituation konzentrieren müssen und dass wir die Betriebe bei diesem Strukturwandel konstruktiv unterstützen müssen, auch finanziell.

In der *Land & Forst*, in den üblichen landwirtschaftlichen Zeitschriften finden Sie in jeder Ausgabe Beispiele für konkrete Umstiegsprojekte. Die wollen wir unterstützen.

Insofern freue ich mich sehr auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 21 liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen.

Federführend soll der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem zustimmt, den oder die bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Überweisung an die Ausschüsse ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

**Spezialisierte Anlaufstellen für Menschen mit Impfschäden einrichten und etablieren** - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/309](#)

Zur Einbringung dieses Antrages hat sich der Kollege Dr. Jozef Rakicky gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie ist vorbei. Aber die Aufarbeitung - medizinisch, politisch und wahrscheinlich auch juristisch - steht ganz am Anfang. Die medizinischen Aspekte möchte ich hier ansprechen.

Wir wissen heute viel mehr als noch vor zwei Jahren, aber es gibt noch viel mehr, was wir leider nicht wissen. Wir wissen, dass die auf mRNA-Basis extrem schnell entwickelten Impfstoffe nicht so harmlos sind wie behauptet. Wir wissen, dass sie zum Zeitpunkt der Zulassung gar nicht darauf getestet waren, ob sie vor einer Übertragung des Virus auf andere Personen schützen. Die Sicherheitstestungen waren auch nicht abgeschlossen, und bei den neuen, modifizierten Impfstoffen wurden diese nicht einmal durchgeführt.

Wir wissen heute auch, dass der Schutz vor eigener Ansteckung nach der Impfung, bei den anfänglichen Alpha- und Delta-Varianten noch teilweise gegeben, bei den aktuellen Folgemutationen des Virus nicht mehr vorhanden ist. Es gibt sogar ernst zu nehmende Hinweise, dass die Impfung eine Infektion mit dem Coronavirus begünstigen kann. Sie stammen aus der Bundeswehr.

Die COVID-Impfung hat aber nicht nur keine Schutzwirkung, sie birgt auch das Risiko von Nebenwirkungen, mitunter schwerwiegenden. Nun, dass ein Medikament Nebenwirkungen hat, dürfte uns allen bekannt sein. Viele Ärzte kennen den Satz: „Ohne Nebenwirkung keine Wirkung.“ Entscheidend ist jedoch das Risiko-Nutzen-Verhältnis. Bei den Impfstoffen auf mRNA-Basis sind ernsthafte Nebenwirkungen nicht so selten, wie man die Öffentlichkeit glauben machen wollte.

Dies bestätigt die Firma Pfizer selbst in ihrer im Februar 2021 publizierten Analyse des Sicherheitsprofils der mRNA-Impfstoffe. Bis zu 24 % neurologische, kardiale und gastrointestinale unerwünschte Nebenwirkungen wurden registriert.

Zwei Jahre nach Beginn der Corona-Impfkampagne mehren sich Berichte über schwer Impfgeschädigte. Bis Ende Oktober 2022 wurden laut RKI 333 500 Verdachtsfälle von unerwünschten Nebenwirkungen angezeigt, 51 000 davon schwerwiegend. Allein meine neurologische Abteilung - nicht das

ganze Krankenhaus - hat dem Paul-Ehrlich-Institut in den letzten zwei Jahren über 30 Verdachtsfälle gemeldet.

Aktuelle wissenschaftliche Meldungen - die ich hier wegen der vorhandenen Zeit nicht nennen kann - bezeugen, dass unerwünschte Nebenwirkungen viel öfter auftreten, als man vermutete. Wir sprechen dabei von relevanten, schwerwiegenden Nebenwirkungen bis hin zu Todesfällen. Wissenschaftliche Beweise per Obduktion liegen vor. Die Publikationen von Dr. Mörz aus Dresden oder Professor Schirmacher aus Heidelberg belegen es.

Die neue Studie von Professor Christian Müller aus Basel beschreibt bei fast 3 % der Probanden nach der mRNA-Impfung eine Schädigung des Herzmuskels. Auf die Zahl der Impfungen in Niedersachsen hochgerechnet, heißt das, wir hätten in unserem Bundesland so viele Betroffene, wie es der Bevölkerung einer großen Kreisstadt entspricht. Und das betrifft nur die kardialen Nebenwirkungen.

Das Spektrum ist jedoch breiter. Neuralgische Schmerzen, Leistungsabfall, Konzentrationsstörungen, unklare Entzündungsherde in Gehirn und Rückenmark, Sprech- und Schluckprobleme, Sehstörungen, Sensibilitätsstörungen und vieles andere sehen meine Kollegen und ich in unseren Kliniken bzw. Sprechstunden. Ernsthaft lässt es sich kaum noch leugnen.

Vor einigen Tagen hat es auch Herr Lauterbach zugegeben. Auch die CDU im Bundestag plädiert mittlerweile für „einen offenen Umgang mit Impfnebenwirkungen und Impfschäden“.

In Baden-Württemberg wurden im August letzten Jahres von der Landesregierung 12,5 Millionen Euro für die COVID-19-Forschung bereitgestellt. Sie sollten ausdrücklich auch der Erforschung von Impfkomplicationen dienen. Was wir nicht wissen und unbedingt erfahren müssen, ist: Wie ist das tatsächliche Ausmaß des Impfschadens in der geimpften Population? Wie können wir diese Impfschäden nachweisen bzw. ausschließen? Und natürlich: Wie können wir den betroffenen Menschen helfen?

Die erste Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik muss sein, den leidenden Menschen zu helfen. Weil sich die Landesregierung aktiv an der Impfkampagne beteiligte und bis jetzt beteiligt, geht es auch darum, den gesellschaftlichen Frieden zu wahren.

Den Allgemeinärzten und den einzelnen Fachdisziplinen fehlen dafür die Grundlagen und Möglich-

keiten. Das Verhältnis der zum Teil fleißig impfenden Ärzte zu den jetzt vermeintlich impfgeschädigten Patienten hat verständlicherweise gelitten. Daher müssen wir diese Patienten, diese Menschen, die Hilfe suchen, genau erfassen, ihnen eine Anlaufstelle bieten, sie begutachten und die Krankheitsbilder wissenschaftlich analysieren. Wir müssen Methoden zur Diagnostik und Therapie entwickeln.

Bislang gibt es in der Bundesrepublik nur zwei solche Ambulanzen, an der Charité und in Marburg. Diese sind hoffnungslos, auf Monate im Voraus, terminlich ausgebucht. Deswegen möge der Landtag beschließen, die Landesregierung aufzufordern, sich für die Einrichtung von spezialisierten Ambulanzen für durch mRNA-Impfstoffe Geschädigte einzusetzen. Diese sollen vorzugsweise an den Universitätskliniken und Schwerpunktkliniken nach dem Vorbild der Charité und der Universitätsklinik Marburg eingerichtet werden.

Die Landesregierung möge sich außerdem dafür einsetzen, dass die Ärzteschaft für mögliche Nebenwirkungen der Corona-Impfungen sensibilisiert und das Thema enttabuisiert wird. Denkbar ist auch eine entsprechende Kampagne in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung.

Sehr geehrte Damen und Herren, Millionen Menschen haben sich in gutem Glauben impfen lassen. Viel zu viele bezahlen dies womöglich jetzt mit ernsthaften gesundheitlichen Problemen. Wir dürfen sie nicht im Stich lassen.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank. - Nun erteile ich für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Thomas Uhlen das Wort.

(Beifall bei der CDU)

**Thomas Uhlen (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Plenarabschnitt markiert in gewisser Art und Weise eine Zäsur. Herr Ministerpräsident Weil hat Ihnen, Frau Ministerin Behrens, die Leitung des Ministeriums für Inneres und Sport übertragen und Sie gleichzeitig von der Leitung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung entbunden.

Ihre Amtszeit war von mehreren, zugegebenermaßen nicht selbst verschuldeten Krisen bestimmt. Sie fühlten sich wohl im Team Vorsicht. Für Ihren über weite Teile richtigen Kurs danke ich Ihnen an dieser Stelle sehr herzlich.

(Zustimmung bei der CDU und Beifall bei der SPD)

Seitdem Ihnen aber die CDU nicht mehr als Koalitionspartner zur Seite steht, wurden Sie zunehmend von der Wirklichkeit überholt. Einrichtungsbezogene Impfpflicht, Maskenpflicht, Testpflicht, Isolationspflicht - es gibt eben nicht nur das Team Vorsicht auf der einen und das Team Rücksichtslosigkeit auf der anderen Seite, sondern es gibt vor allem auch das Team Vernunft, hier in der Mitte unseres Parlaments.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine transparente Debatte aus der Mitte unserer Gesellschaft über den weiteren Weg, jetzt in der Endemie.

Frau Ministerin, Ihr vielleicht für die ersten Varianten sachgerechter Instrumentenkoffer passte nicht mehr zum Jetzt, war nicht mehr angemessen. Mit dem Übergang von der Pandemie zur Endemie, dem Wegfall der meisten Vorschriften in der nächsten Woche war, so mag man meinen, Ihre Mission beendet.

Eine Amtszeit endet nicht immer mit der Berufung in ein neues Amt. In der vergangenen Woche hat der Gemeinderat meiner Nachbargemeinde im Landkreis Osnabrück seine erfolgreiche und beliebte Bürgermeisterin einstimmig abgewählt. Post-COVID nach der Infektion mit einer früheren Variante hat diese sportliche Frau Mitte 40 kaputtgemacht.

Post-COVID oder Post-Vac - in vielen Punkten ähnelt sich der Leidensweg der Betroffenen. Sie wissen nicht, wann sich der eigene gesundheitliche Zustand verbessert, viele Symptome sind ähnlich. Daher ist es unsere solidarische Pflicht, meine Damen und Herren, beide Gruppen gleichermaßen nach allen Kräften medizinisch zu unterstützen, damit sie wieder auf die Beine kommen.

Als CDU-Fraktion stehen wir für diesen solidarischen Weg. Unser ehemaliger Fraktionskollege Martin Bäumer hat diesen mit einer Anfrage im letzten Jahr geebnet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor Weihnachten gleichfalls eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Die Antworten beider

Ebenen lassen sich leider wie folgt zusammenfassen: keine Definition, keine Erkenntnisse, kein Bedarf.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Herr Minister, „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“, haben Sie gestern hier im Plenum gesagt. Wenn das so ist, kann man mit Menschen so nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Wir als CDU-Fraktion sind an diesem Thema dran, weil für uns Menschen eben keine Zahlen sind. Jeder Mensch hat ein Gesicht, eine Geschichte, ein Lebensumfeld, und jeder Mensch, dem nicht zügig geholfen wird, ist einer zu viel.

Ich habe mich mit einer Betroffenen aus meinem Wahlkreis getroffen. Mit mehreren Tausend Menschen steht sie auf den Wartelisten der einzigen Anlaufstellen in der Uniklinik Marburg und in der Charité in Berlin. Die Uniklinik Hannover hatte ihr im Frühjahr mitgeteilt, für ihre Bedarfe nicht zuständig und nur auf Long-COVID spezialisiert zu sein. Damit wurde sie zum Hausarzt zurückgeschickt. Ich freue mich sehr, dass sie heute hier ist, um dieser Debatte zu lauschen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister Philippi, dass Angebot und Nachfrage auseinanderklaffen, ist ein Symptom, das unserem Gesundheitssystem leider nicht fremd ist. Das wissen Sie besser als viele andere. Daher ist es gut, dass es nun eine Zäsur gibt und Sie in dem Bewusstsein in Ihr neues Amt starten können, dass es eben nicht nur Schwarz oder Weiß gibt. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht nur mit den Ärzten, sondern vor allem auch mit den Patientinnen und Patienten mit Post-Vac-Syndrom fühlen, die aufgrund monatelanger Wartelisten verzweifeln.

Die COVID-Impfung hat in vielen Fällen geholfen und Millionen Menschenleben gerettet. Sie hat eine Wirkung. Lieber Herr Kollege, das haben Sie eben nicht so deutlich herausgestellt, wie ich mir das gewünscht hätte.

Die Impfung hat aber auch Menschen geschadet. Ja, auch das gehört zur Wahrheit dazu. Ich kann nachvollziehen und respektiere - auch wenn dies nicht meine eigene Abwägung ist -, dass sich Menschen vor dem Hintergrund dieser Leidensgeschichten entscheiden, sich nicht impfen zu lassen.

Aber als Demokratinnen und Demokraten ist es unsere Aufgabe, diesen Schicksalen Beachtung zu schenken und den Betroffenen zu helfen - ein echtes Hinsehen. Das tun wir, ohne dabei denen in die Hände spielen zu wollen, die die reine Existenz des Post-Vac-Syndroms als Beleg für ihre kruden Behauptungen und für ihre Unwahrheiten nutzen wollen und die Leiden der Menschen instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU)

Genau das tun Sie nämlich, indem Sie mutmaßen - ich zitiere aus Ihrem Antrag -, dass „vor einer Meldung zurückgeschreckt wird“, weil sie als politisch unerwünscht erachtet wird, indem Sie von Tabus sprechen. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine solche heimtückisch inszenierte Debatte über eine vermeintliche Zensur nicht hierhergehört. Letztlich ist das auch eine Instrumentalisierung von Betroffenen.

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Betroffenen, die ich kennenlernen durfte, sind keine Querdenker, sind keine Corona-Leugner; denn sie sind ja alle geimpft. Sie hatten nur das Pech, schwere Nebenwirkungen zu erleiden, nicht nur eine Rötung an der Einstichstelle oder Schüttelfrost. Mit der Spritze hat sich das Leben dieser Menschen grundlegend verändert, leider sehr zum Schlechten.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Ja!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Netzwerke für Impfgeschädigte und keine neuen Echokammern, wir brauchen keine neuen Konfrontationen. Post-Vac muss seinen Platz im medizinischen Versorgungssystem bekommen, und gegen sie muss mit der Forschungskompetenz unserer modernen Wissenschaften angegangen werden. Ich hoffe, da sind wir uns einig.

(Beifall bei der CDU)

Auf meine Nachfrage hat Herr Professor Dr. Welte, der Direktor der Klinik für Pneumologie an der Medizinischen Hochschule Hannover, Anfang der Woche bestätigt, dass wir analog zu Post-COVID auch eine Versorgungsstruktur für Post-Vac-Betroffene brauchen, d. h. im Konkreten den Aufbau einer Versorgungsstruktur mit einem Screening in der Hausarztpraxis, mit der Abklärung organischer Beteili-

gung in der Facharztpraxis und mit Exzellenzzentren insbesondere für die Forschung und zur Durchführung klinischer Studien.

Wir brauchen multimodale, systembezogene Reha-Therapien, ambulante Therapieangebote. Und wir brauchen auch Zentren für die berufsgenossenschaftliche Abklärung. Denn die Betroffenen sind vor allem berufstätige junge Frauen, und wir können es uns auch volkswirtschaftlich nicht leisten, diesen Menschen nicht wieder auf die Beine zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen die Forschungskompetenz unserer modernen Wissenschaften. Dazu gehört die Entwicklung von Instrumenten zur Differenzialdiagnostik und natürlich auch die Ursachenforschung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen hin und werden alles Mögliche dafür tun, dass den Betroffenen geholfen wird. Sehr geehrter Herr Minister Philippi, lassen Sie uns gemeinsam die durch Ihre Berufung entstandene Zäsur nutzen, um die Folgen der Corona-Pandemie unvoreingenommen und transparent aufzuarbeiten und aus ihr zu lernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hinsehen statt Wegsehen - das ist ein ganz wesentliches Element des jetzt notwendigen gesellschaftlichen Aussöhnungsprozesses.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank, Kollege Uhlen. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Dr.in Tanja Meyer das Wort. Bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Zuerst: Ich wusste nicht, dass Sie das Ende der Pandemie ausrufen. Ich dachte, das macht die WHO.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

COVID-19 hat alles bisher Bekannte erschüttert und uns vor große gesellschaftliche und medizinische Herausforderungen gestellt. In Deutschland sind - Stand: 21. Januar dieses Jahres - 164 703 Menschen daran verstorben.

Viele Menschen sind an Long-COVID erkrankt. Auch nach Impfungen kommt es, wie auch bei anderen Impfungen, zu teilweise schweren Krankheitsbildern. Im Laufe der COVID-Impfungen hat das zu ständig aktualisierten Empfehlungen der STIKO geführt. Neue Krankheitsbilder wie Long-COVID und mögliche Kausalitäten mit den Impfungen müssen auf jeden Fall sorgfältig geprüft und erforscht werden. Wissensstand heute ist aber auch: Eine COVID-19-Infektion ist mit einem höheren Risiko für Folgesymptome verbunden als eine Impfung gegen den Erreger.

Zu Ihren Forderungen: Es hat mich gewundert, dass Sie es trotz ausreichender Profession in Ihren Reihen nicht ganz so genau mit der Terminologie nehmen. Impfreaktionen, -nebenwirkungen und -schäden sind nicht dasselbe.

Impfnebenwirkungen werden - wie alle Nebenwirkungen - gemäß der Berufsordnung von Ärzt\*innen an das Paul-Ehrlich-Institut und nicht an Landesbehörden gemeldet. Es gibt keinen Grund, das zu ändern. Wir müssen hier keine dezentralen Strukturen aufbauen und Bürokratie aufbauschen; denn der Abbau von Bürokratie ist unser Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Für die Meldungen sind Ärzt\*innen verantwortlich. Diese Informationen sind essentiell; denn niemand will, dass sich so etwas wie bei Contergan wiederholt.

Vernetzung untereinander bei Erkrankungen ist überaus wertvoll. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Institutionell organisierte Selbsthilfe ist hier ein gutes Angebot; denn Erkrankte selber haben dafür keine Kraft.

Das Wichtigste aber ist: Menschen mit schweren Erkrankungen brauchen Anlaufstellen, egal ob mit bekannter oder noch unerforschter Erkrankung oder bei Impfschäden. Die müssen wir aber nicht neu erschaffen, die haben wir: Das sind Hausärzt\*innen, Fachärzt\*innen und Gesundheitsämter.

Universitätskliniken dürfen solche Spezialsprechstunden, die Sie fordern, übrigens nur abhalten, wenn die niedergelassenen Ärzt\*innen nicht weiterkommen.

Nun zum vielleicht wichtigsten Punkt: Wenn es zwischen Patient\*innen und Ärzt\*innen Probleme gibt, wenn erkrankte Menschen nicht ernst genommen werden oder Ärzt\*innen fachliche Unterstützung brauchen, dann ist genau dies das Problem, dessen

wir uns annehmen müssen. Wir brauchen keine neuen Parallelstrukturen. Ziel ist ein gut funktionierendes medizinisches Versorgungssystem. Denn klar ist: Erkrankte Menschen dürfen nicht alleingelassen werden, sondern müssen jederzeit bestens versorgt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Frau Dr. Meyer. Bleiben Sie kurz hier. Hier ist eine Kurzintervention der AfD. Lassen Sie sie zu?

(Klaus Wichmann [AfD]: Nein, die müssen Sie nicht zulassen! Das ist ein Recht! Eine Kurzintervention muss nicht zugelassen werden!)

- Ja. Ich wollte sie trotzdem hier vorne lassen.

Bitte schön!

**Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):**

Sehr geehrte Vorsitzende! Erst einmal noch einen Gruß an meinen Kollegen Herrn Philippi. Ich wünsche Ihnen alles Gute in Ihrem Amt. Auch ich verspreche Ihnen eine Zusammenarbeit auf kollegialer Basis.

Sehr geehrte Vorrednerin, es ist sehr interessant: In Ihrem Vortrag sprechen Sie von über 100 000 Toten, die an COVID gestorben seien. Wir alle wissen: Sie sind *an oder mit* COVID gestorben. Wir alle wissen auch, dass hier in der Pandemie von Anfang an keine wissenschaftliche Begleitung in der Art erfolgt ist, dass ausreichende Obduktionen erfolgt sind.

Wenn Sie im niedergelassenen Bereich arbeiten, dann wissen Sie, wie aufwendig die Meldung einer Impfnebenwirkung an das Paul-Ehrlich-Institut ist, wie lange die Beratung dauert und dass dies mit null Euro honoriert wird. Das ist die Realität im Alltag!

Wenn Sie sich mit uns dieser Realität stellen, dann stellen Sie sich bitte die Hausarztpraxis vor - ich arbeite im niedergelassenen Bereich -, was dort ist. Dort ist eben leider nicht die entsprechende Zeit vorhanden, das aufzuarbeiten und die Patienten zu betreuen.

Genau deswegen gibt es ja das Schwerpunktzentrum in der Uni Marburg. Dort wird den betroffenen Patienten tatsächlich geholfen, während im kassenärztlichen medizinischen Versorgungssystem keine Zeit und kein Geld dafür vorhanden sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Frau Dr. Meyer, möchten Sie antworten? - Sie haben das Wort. Bitte!

**Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE):**

Ganz kurz: Das ist in Ihrer Berufsordnung festgeschrieben. Sie haben einen Eid darauf geleistet. Es ist Ihre Pflicht, diese Nebenwirkungen zu melden.

Genau das ist ja auch notwendig, damit Forschung betrieben wird, damit es nicht zu diesen Krisen kommt, damit genau dieses neue Syndrom - wir nennen das jetzt Post-Vac-Syndrom; es ist aber noch gar nicht verankert - festgehalten, erforscht und entsprechend behandelt wird. Genau das ist die Grundlage dafür.

Ich finde, dass Sie sich auf die Aussage zurückziehen, dass zu wenig Zeit dafür ist, entlarvt Sie an dieser Stelle. Wir haben heute Herrn Dr. Rakicky gehört. In einem Interview sagte er noch, er habe *täglich* viele Fälle von Impfnebenwirkungen und Impfschäden in seiner Praxis. - Heute sprach er von 30 gemeldeten Fällen!

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Dr. Jozef Rakicky [AfD] meldet sich zu einer Kurzintervention)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank. - Noch eine Kurzintervention. Bitte kommen Sie nach vorne!

(Widerspruch bei der SPD)

- Eine Kurzintervention auf eine Kurzintervention ist nicht möglich.

(Dr. Jozef Rakicky [AfD]: Dann eine persönliche Erklärung!)

- Sie haben die Karte für Kurzinterventionen hochgehoben. Das geht nicht. Wenn, dann können Sie auf dem Zettel „Persönliche Erklärung“ ankreuzen und den dann abgeben. Dann können Sie nach vorne kommen.

(Wiard Siebels [SPD]: Am Ende der Debatte!)

- Am Ende der Debatte. Da sind wir noch nicht, weil jetzt erst Frau Dr. Wernstedt dran ist. Bis dahin können Sie den Zettel abgeben.

Frau Dr. Wernstedt, Sie haben das Wort.

**Dr. Thela Wernstedt (SPD):**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im letzten Herbst erreichten viele Abgeordnete viele Mails mit langen Betroffenen-Geschichten zu Impfschäden oder auch Post-Corona-Symptomen, in denen oft noch zusätzlich geschildert wurde, dass auch im Angehörigen- und Freundeskreis viele Impfschäden-Betroffene unter Folgen leiden.

Vor dem Herbst gab es eher wenige Zuschriften. Jetzt hat das wieder abgenommen. Aber es gibt sie. Auch in der öffentlichen Berichterstattung werden solche Fälle geschildert. Herr Thomas Uhlen hat gerade gesagt, dass eine Betroffene auch hier ist.

Die Zuschriften und die Berichterstattung waren Anlass für den Abgeordneten Martin Bäumer - das hat der Kollege Uhlen gerade schon erwähnt -, Ende Oktober 2022 eine Kleine Anfrage zur Häufigkeit des Post-Vac-Syndroms und zum Umgang mit ihm zu stellen. Der Abgeordnete umschrieb - wie es parlamentarisch üblich und sinnvoll ist - das aus seiner Sicht vorliegende Problem in einer Vorbemerkung und formulierte Fragen, um das Themenfeld ausführlich zu beleuchten.

Die umfassende Antwort der Landesregierung lag Anfang Dezember 2022 als Drucksache 19/101 vor. Geschildert wurden Meldewege für Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen und Impfschäden. Es wurde auch auf die noch fehlenden Daten zur Einschätzung, wie viele es eigentlich gibt und wie das im Zusammenhang und in Relation zu anderen Impfschäden zu sehen ist, und auf vieles andere aufmerksam gemacht. Das ist, wie gesagt, eine sehr umfassende Beantwortung, die sehr informativ ist.

Am 10. Januar schließlich erreichte die Landtagsverwaltung der Entschließungsantrag der AfD mit der Forderung, spezialisierte Anlaufstellen für Menschen mit Impfschäden einzurichten. Eine Lagebeschreibung, eine Formulierung des aus der Sicht der AfD-Fraktion vorliegenden Problems gibt es dort aber nicht. Man beginnt gleich mit Forderungen.

Dann werden munter große Zahlen von Impfverdachtsfällen aus der Schweiz und aus Deutschland genannt und wird so getan, als ob ein Verdachtsfall gleichzeitig schon ein nachgewiesener Fall sei. Das stimmt aber so nicht, sondern es ist ein langer diagnostischer Weg, um dann tatsächlich diese Verknüpfung herzustellen.

Die Fragestellungen sind ja nicht neu. Es gibt seit Anfang des 19. Jahrhunderts Impfungen. Seitdem gibt es auch immer wieder das Phänomen, dass Menschen einen Schaden dadurch erleiden. Daher gibt es Meldewege. Es gibt auch Leistungsansprüche für tatsächlich vorliegende Impfschäden. Das alles müssen wir nicht neu erfinden, sondern das gibt es in Deutschland bereits.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In der sehr langen Begründung des AfD-Antrags wird auch unterstellt, dass viel zu wenige Fälle gemeldet werden. Damit entsteht ein Raunen, ein großer Verdacht, dass hier in diesem Lande etwas vorliegt, was ein Tabu sei, was man nicht wissen solle.

Nein, das ist kein Tabu, sondern das ist ein schwer zu fassendes Phänomen, an dem aber die Forschung im Moment dran ist. An dieser Stelle sind auch alle Ärztinnen und Ärzte aufgefordert, sich die Mühe zu machen, dass man, wenn jemand mit derartigen Beschwerden kommt und ein solcher Zusammenhang im Raum steht, alles in seiner Kraft Stehende tut, um das entweder auszuschließen oder zu bestätigen.

Der Eindruck, der mit dem AfD-Antrag entsteht, ist, dass in Deutschland eine systematische und politisch gewollte Untererfassung von Impfschäden zum Schaden vieler Patienten stattfindet. Mit solcher Art infamer Unterstellungen gegenüber Ärztinnen und Ärzten in diesem Land und einer weltweit zu diesem Thema stattfindenden Forschung werden Sie dem für Patientinnen und Patienten ersten Problem von Impfnebenwirkungen und Impfschäden in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schade, dass Sie die Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Bäumer so gar nicht zur Kenntnis genommen haben.

Wir werden den Antrag mit der nötigen Sachkunde und Ernsthaftigkeit im Ausschuss behandeln, und ich bin gespannt auf die Diskussion dort.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Frau Dr. Wernstedt.

Bevor wir jetzt zu der **persönlichen Bemerkung** kommen, werde ich Ihnen vorlesen, was § 76 beinhaltet:

„Das Mitglied des Landtages darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen es gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen.“

Sie haben das Wort!

**MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD):**

Danke, Frau Präsidentin. - Frau Meyer, wenn jemand über schwerwiegende Nebenwirkungen spricht, dann spricht er nicht über Impfreaktionen. Das dürfte jemand, der im Gesundheitsausschuss tätig ist, wissen.

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herr Dr. Rakicky, ich habe Ihnen gerade gesagt - - -

(Wiard Siebels [SPD]: Sie dürfen nur Angriffe zurückweisen!)

**MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (AfD):**

Das war, erstens, ein Angriff auf mich, auf meine fachliche Kompetenz.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Nein!)

Zweitens war es ein Angriff, als man sagte und mir unterstellte, dass ich in einem Interview behauptet hätte, dass ich *täglich* solche Patienten sehe. Das ist nicht der Fall. Das habe ich nie gesagt. Ich habe nur gesagt: „30 gemeldete Fälle“, und das war alles.

((Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Verdachtsfälle!))

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Gut, das haben wir jetzt zur Kenntnis genommen. Herzlichen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Wer die Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung mittragen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig. Herzlichen Dank.

Dann können wir den Tagesordnungspunkt verlassen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung:

**Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands verurteilen - Freiheitskampf des ukrainischen Volkes unterstützen** - Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/307](#)

Zur Einbringung hat sich der Abgeordnete Uwe Schünemann gemeldet. Bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

**Uwe Schünemann (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen rücksichtslosen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dabei verstößt Moskau gegen alle Regeln des Völkerrechts.

Nachdem eine rasche militärische Niederwerfung der Ukraine gescheitert ist, setzt Putin bewusst auf eine blutige Ermattung und Zermürbung der Ukraine: weiträumige Zerstörung ziviler Wohngebiete durch massive Raketen- und Drohnenangriffe, Filtrationslager, Plünderungen und Vergewaltigungen in den von russischen Truppen besetzten Gebieten, Zwangsverschleppungen von ukrainischen Zivilisten, sogar Kindern, nach Russland. Durch zielgerichtete Angriffe auf die Energieinfrastruktur soll der ukrainischen Wirtschaft der Todesstoß versetzt und die Zivilbevölkerung demoralisiert werden.

Das ist nichts anderes als ein strategisch angelegter Terrorkrieg. Darauf kann es nur eine einzige Antwort geben: uneingeschränkte Unterstützung der Ukraine durch die gesamte zivilisierte, demokratische Welt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auf die Gräueltaten der russischen Soldaten kann es ebenfalls nur eine Antwort geben: konsequente Verfolgung durch die Einrichtung eines Sondertribunals.

Meine Damen und Herren, Russlands Angriffe gelten nicht nur der Ukraine, sondern auch grundsätzlich der Freiheit, dem Frieden und der Demokratie. Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Eine militärische Niederlage der Ukraine würde die Ostflanke der NATO in den unmittelbaren Bedrohungsfokus rücken, das Putin-Regime nach innen stärken und Moskau in seinem imperialen Kurs befeuern. Das gilt es zu verhindern.

Meine Damen und Herren, Deutschland kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, hat es in einer beeindruckenden Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2022 so ausgedrückt:

Die russische Invasion hat eine Art neue Mauer mitten in Europa geschaffen, die zwischen Freiheit und Unfreiheit trennt. Herr Bundeskanzler, zerstören Sie diese Mauer! Geben Sie Deutschland die Führungsrolle, die es verdient!

(Beifall bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, war eine emotionale Aufforderung des Präsidenten, dessen Volk tapfer unter Einsatz seines Lebens für unsere Werte, für unsere Freiheit und unsere Demokratie kämpft.

Meine Damen und Herren, wie war die Reaktion des Bundeskanzlers? - Schweigen! Größer konnte der diplomatische Schaden nicht sein. Ich finde, das war unwürdig.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Eher diese Rede!)

Meine Damen und Herren, leider hat der Bundeskanzler Schweigen und Zaudern zur Maxime seiner Ukrainepolitik erhoben. Die Verteidigungsexpertin der FDP, Strack-Zimmermann, hat dazu Folgendes erklärt:

„Deutschland wartet, das Bundeskanzleramt wartet, bis der Druck steigt, und dann kommt man gewissermaßen in die Gänge.“

Nun hat der Bundeskanzler am Mittwoch der Lieferung von Leopard-2-Panzern zugestimmt - spät, hoffentlich nicht zu spät. Treffender als der grüne Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter bei *NDR Info* kann man diesen Vorgang nicht kommentieren:

(Sebastian Zinke [SPD]: Sie zitieren Herrn Hofreiter? - Dass ich das noch erleben darf!)

„Es ist absolut richtig, überlegt und vernünftig zu handeln. Aber im Krieg, der jeden Tag stattfindet, kann man kein Dreivierteljahr überlegen. Nach ein oder zwei Wochen muss gehandelt werden.“

(Frank Henning [SPD]: Ein totes Pferd sollte man nicht mehr reiten!)

„Durch diese Zögerlichkeit glaubt Putin immer noch, diesen Krieg gewinnen zu können. Deshalb ist er nicht bereit, ernsthaft zu verhandeln.“

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Grünen sind in dieser Frage in der Realpolitik angekommen. CDU, FDP und Grüne sind sich in der Ukrainefrage weitestgehend einig. Von den demokratischen Parteien blockt nur die SPD wichtige zeitnahe Entscheidungen. Das gilt für den Bund genauso wie für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es war richtig, dass sich Niedersachsen zunächst bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme besonders stark engagiert hat. Denn eines muss klar sein: Deutschland steht zu seiner humanitären Verantwortung. Wer vor Putins Krieg fliehen muss, wird in Deutschland, wird in Niedersachsen herzlich willkommen geheißen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Nur, warum hat Niedersachsen erst jetzt mit dem Aufbau zusätzlicher Landesunterkünfte begonnen?

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist falsch, und das wissen Sie!)

Wir haben das vor Monaten gefordert. Die Landräte und Bürgermeister haben die Überforderung der kommunalen Ebene seit Langem beklagt. Das ist doch Tatsache. Warum haben Sie nicht schneller gehandelt?

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von Grant Hendrik Tonne [SPD])

Zaudern auch bei den dringenden Integrationsmaßnahmen vor Ort! Einstellung von ukrainischen Lehrkräften? - Zögerlich! Besondere Unterstützungsformate an den Schulen wie beispielsweise in Berlin und Hessen? - In Niedersachsen: Fehlanzeige!

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Falsch!)

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Wüst hat den Satz geprägt: „Die geflohenen ukrainischen Kinder sollen bei uns endlich wieder Kind sein können.“ Das muss unser Ziel, das muss unsere Botschaft sein.

Meine Damen und Herren, Humanität verkünden ist einfach. Humanität leben ist anstrengend, aber zwingend erforderlich

(Beifall bei der CDU - Doris Schröder-Köpf [SPD]: Das sagt wer? - Wiard Siebels [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Völlig unverständlich, Herr Ministerpräsident, ist, dass Sie die Partnerschaften mit den Regionen Perm und Tjumen in der Russischen Föderation immer noch nicht aufgegeben haben. Deren politische Führungen unterstützen nachweislich Putins Angriffskrieg. Herr Ministerpräsident, kündigen Sie endlich diese Verträge!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, warum haben Sie noch keine Partnerschaft mit einer ukrainischen Region angestrebt? Nordrhein-Westfalen ist auch hier Vorreiter. Der Europaminister Liminski hat zur Motivation gesagt: Durch direkte Hilfen, durch technische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Kooperationen werden wir zum Wiederaufbau beitragen. - Niedersächsische Kommunen haben entsprechende Kooperationsverträge seit Langem. Die Landesregierung muss doch hier unterstützen!

Herr Ministerpräsident, diese Partnerschaften sind auch eine moralische Unterstützung für die Bevölkerung in der Ukraine. Handeln Sie doch endlich in dieser Frage!

(Beifall bei der CDU)

Um die militärische Unterstützung der Ukraine nachhaltig sicherzustellen und unsere Bundeswehr wieder einsatzfähig zu machen, wird ein massiver Ausbau der Rüstungsindustrie notwendig sein. Das liegt im Wirtschafts-, aber auch im Sicherheitsinteresse unseres Landes.

Warum geht Niedersachsen in dieser Frage nicht voran? Herr Ministerpräsident, initiieren Sie einen Pakt mit der Rüstungsindustrie!

(Doris Schröder-Köpf [SPD] lacht)

Worin ist das Zaudern, das Wegducken der Sozialdemokratie eigentlich begründet? Während gesellschaftliche Organisationen oder Vereine ein Zeichen setzen und sich von einem Putin-ergebenen ehemaligen Staatsmann trennen, belässt ihm der Ministerpräsident die Landesmedaille. Ich frage mich: Warum nur?

Die langjährigen und freundschaftlichen Beziehungen der Sozialdemokratie zu Vertretern des russischen Staates sind ja hinlänglich bekannt. Die Moskau-Connection der SPD hatte hier in Hannover ihren unheilvollen Dreh- und Angelpunkt. Ihr Einfluss reichte jahrelang bis in die Flure der Staatskanzlei.

Selbstverständlich kann man sich bei Freundschaften täuschen. Sicherlich haben sich auch aufseiten meiner Partei einige Vertreter getäuscht bzw. täuschen lassen.

(Zuruf von der SPD: Ach, tatsächlich?)

Wenn man das aber erkannt hat, beendet man unverzüglich diese besonderen Beziehungen.

(Beifall bei der CDU)

Noch bis kurz vor Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine sind Teile der Landesregierung nachdrücklich für eine enge Kooperation mit Russland eingetreten,

(Wiard Siebels [SPD]: Genau, bis kurz vorher!)

und es waren die Vertreter der CDU innerhalb der letzten Landesregierung, die sich dem entgegenstellt haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Wie bitte?)

Und das war richtig so!

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Vor dem Angriffskrieg?)

Meine Damen und Herren, was verschweigen Sie uns eigentlich, Herr Ministerpräsident?

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist ja wirklich unglaublich!)

Was sind denn die Hintergründe dafür? Das gilt es aufzuklären, dazu werden wir die parlamentarischen Instrumente nutzen,

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Lesen Sie doch erst mal die Antworten!)

deshalb werden wir Akteneinsicht beantragen. Ein solches strategisches Versagen darf sich niemals mehr wiederholen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Man kann die Frage stellen: Ist das jetzt der richtige Zeitpunkt, in dieser Frage für Aufklärung zu sorgen? - Wir sagen eindeutig: Ja.

Und ich darf ihn nochmal zitieren. Anton Hofreiter hat es auf den Punkt gebracht:

„Ich finde es wirklich problematisch, dass die SPD massiv Druck gemacht hat, dass wir Waffen an eine Diktatur“

- in Saudi-Arabien -

„liefern, und zögerlich bei der Lieferung von Waffen an eine Demokratie ist, die von einer Diktatur überfallen wird. Das passt nicht zusammen.“

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Aufklärung dazu führt, die Zurückhaltung der Sozialdemokratie aufzulösen, ist das alle Anstrengung wert. Die Ukraine hat es verdient, dass ihr alle demokratischen Kräfte zeitnah die notwendige Unterstützung zur Verfügung stellen.

Die Menschen in der Ukraine kämpfen für unsere Freiheit, für den Erhalt unserer Demokratie. Ich verneige mich vor diesem Mut, vor dieser Entschlossenheit.

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Herr Schünemann. - Als nächste Rednerin hat sich Frau Glosemeyer zu Wort gemeldet. Bitte!

**Immacolata Glosemeyer (SPD):**

Herr Schünemann, es muss ja wirklich sehr weh tun, dass Herr Pistorius jetzt Verantwortung im Bund übernimmt und nicht Sie und dass Sie leider noch ein wenig länger hier sitzen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihr Wortbeitrag hat Sie wirklich entlarvt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns im elften Monat des völkerrechtswidrigen Angriffs Putins auf die Ukraine, und der Jahrestag dieses fürchterlichen und furchtbaren Überfalls am 24. Februar rückt immer näher.

Mit dem verbrecherischen Überfall auf die Ukraine hat Russland nicht nur die Friedensordnung in Europa verletzt, sondern auch alte Gewissheiten in unserer Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik infrage gestellt. Die Auswirkungen dessen bekommen wir seitdem auch hier vor Ort in Niedersachsen konkret zu spüren.

Diese veränderten Vorzeichen haben unseren Bundeskanzler Olaf Scholz dazu veranlasst, eine Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik einzuläuten. Wir stehen dabei eng und solidarisch an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir sind heute wirtschaftlich, politisch, humanitär und militärisch einer der führenden Unterstützer der Ukraine. Auch die Europäische Union hat in einer seltenen Einigkeit zügig und entschlossen die weitreichenden Sanktionspakete in Reaktion auf die russische Invasion auf den Weg gebracht.

Ich begrüße es sehr, dass die deutsche Bundesregierung im Schulterschluss mit unseren transatlantischen sowie europäischen Partnern entschieden hat, Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Ich bin aber auch gleichermaßen froh darüber, dass wir mit Olaf Scholz einen Bundeskanzler haben, der besonnen und mit dem nötigen Weitblick abgewogene Entscheidungen fällt.

Ausgerechnet die Frage der Lieferung von schweren Kriegsgeräten ist eine, die man nicht ohne Weiteres beantworten sollte. Gemessen an den Konsequenzen, die mit solch einer Entscheidung zusammenhängen, muss man das gut vorbereiten. Es darf keine deutschen Alleingänge geben.

Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass man nun nicht von der falschen Annahme ausgehen darf, mit der Lieferung von schweren Panzern wäre der Krieg entschieden - so wie es in Ihrem Antrag steht: Wenn wir nur Panzer liefern, beenden wir den Krieg.

Wir brauchen vielmehr weitere internationale Bemühungen und diplomatische Initiativen, um diese verbrecherischen Kriegshandlungen endlich zu beenden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie machen es sich als Opposition ein wenig zu leicht. Auch Sie müssen Verantwortung übernehmen für unser Land! Das alleinige Rufen nach schweren Waffen, nach Panzern und wahrscheinlich bald nach Kampfflugzeugen ist verantwortungslos.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich hätte mir gewünscht, dass wir gerade bei diesem Thema das Gemeinsame, bei dem wir uns doch einig sind, über das Trennende stellen.

Wenn ich mir nur einmal die Überschrift Ihres Antrages durchlese - „Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands verurteilen“ -: Sie vermitteln den Eindruck, als wenn das noch gar nicht oder vielleicht nicht deutlich genug passiert sei. Das haben Sie hier ja auch noch einmal zum Ausdruck gebracht.

Das Gegenteil ist aber doch der Fall. Ich selbst und auch Sie waren am Morgen des 24. Februar hier im Landtag mit dabei, als der Ministerpräsident in der Aktuellen Stunde davon sprach, dass der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine Schande und Imperialismus in seiner reinsten Form sei. Nach meinem Verständnis ist das die höchste Form der Verurteilung, und ich bin unserem Ministerpräsidenten Weil nicht nur für seine klare Haltung in dieser Frage dankbar, ich bin ihm auch ausdrücklich dankbar, dass er zu diesem Thema, das viel zu wichtig ist, um hier parteipolitisch ausgeschlachtet zu werden, eindeutig seine Position zum Ausdruck gebracht hat. Die Zeiten sind nämlich zu ernst.

Was mich wundert, ist, dass Sie größtenteils über Außen- und Verteidigungspolitik gesprochen haben. Denn Ihr Antrag hat ja auch noch weitere Punkte. Darauf sind Sie nicht so intensiv eingegangen. Das möchte ich jetzt aber an einigen Stellen tun.

Ich stimme Ihrer Annahme zu, dass Russland sich mit seinem Handeln zunehmend selbst isoliert. Daher sage ich, dass wir unseren Frieden nicht länger *mit* Russland bewahren, sondern wir unseren Frieden *vor* Russland bewahren müssen.

Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, die Partnerschaften mit den Regionen Perm und Tjumen zu kündigen. Hierzu heißt es auf der Internetseite der

Staatskanzlei, dass vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges derzeit und bis auf Weiteres die genannten Partnerschaften ruhen. Und ich verstehe „ruhen“ so, dass sie eben ruhen und nicht fortgeführt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf das Schärfste durch die Landesregierung habe ich nicht den Eindruck, dass die Partnerschaften wiederaufgenommen werden.

In diesem Zusammenhang fordern Sie außerdem, die Mittel aus der Titelgruppe 74 des Einzelplans 02 für zusätzliche Projekte mit der Ukraine zu erhöhen. Durch das Ruhen der Partnerschaften befänden sich unnötige Haushaltsmittel in der Titelgruppe 74, die man für Projekte mit der Ukraine entsprechend verwenden könnte. Ansonsten bestünde auch mit der Titelgruppe 78 grundsätzlich die Möglichkeit, Projekte der humanitären Hilfe zu fördern. Hieraus könnte man also entsprechende Projekte mit der Ukraine finanziell realisieren, wenn man wollte. Wir würden das natürlich unterstützen.

Weiter fordern Sie von der Landesregierung, Partnerschaften mit Regionen in der Ukraine zu schließen. Dazu lässt sich sagen, dass sich das Land Niedersachsen in Abstimmung mit den polnischen Partnerwoiwodschaften Großpolen und Niederschlesien unmittelbar nach dem Angriff Russlands darum bemüht hat, gemeinsam konkrete Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerung vor Ort in der Ukraine zu organisieren. Dabei wurden z. B. von Niedersachsen in Kooperation mit der Partnerschaft zwischen Niederschlesien und der Region Dnipro Hilfsgüter in die Zentralukraine geliefert.

Zur Stunde sollten konkrete Hilfsmaßnahmen das Mittel der Wahl sein. Dafür lassen sich in erster Linie bereits bestehende Partnerschaftsstrukturen - wie eben geschildert - nutzen, mit denen man die ukrainische Bevölkerung konkret stärken und unmittelbar vor Ort Hilfe leisten kann. Es ist durchaus möglich, dass darüber hinaus in einer guten Zukunft auch Partnerschaften entstehen. Aber auch unseren Partnern müssen wir die Möglichkeit geben, ihre Strukturen aufzubauen. Eine Freiwilligkeit ist natürlich vorausgesetzt.

Zu Ihren Forderungen unter den Punkten 10 bis 13 möchte ich gerne auf den Handlungsleitfaden des Kultusministeriums hinweisen, von dem Sie sagten, da sei nichts passiert. Ich empfehle Ihnen diese Lektüre; denn dort sind alle Handlungsfelder aufgeführt worden: ein riesiges Maßnahmenpaket. Wir haben ein großes Volumen an weiteren Stellen dort

beschlossen. Wie gesagt, es wäre schön, wenn Sie mal einen Blick hineinwerfen würden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht sind alle Ihre Punkte durch Regierungshandeln schon erledigt.

(Lachen bei der CDU)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Die Partnerschaften sind schon gekündigt? - Gegenruf von Immacolata Glosemeyer [SPD]: Haben Sie nicht zugehört? - Lachen und Zurufe von der CDU: Erledigt! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Das ist so wie mit euch: Auch ihr seid ja erledigt!)

#### **Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Danke schön, Frau Glosemeyer. - Als Nächster hat der Abgeordnete Herr Wichmann das Wort.

(Beifall bei der AfD)

#### **Klaus Wichmann (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit gestern befinden wir uns mit Russland im Krieg. - Das sagte zumindest Deutschlands Außenministerin.

(Anne Kura [GRÜNE]: Nein, das hat sie nicht gesagt!)

Das muss man sich mal vorstellen! Gestern wurde das berichtet. Ich weiß wirklich nicht, wie ich das noch nennen soll. Und das, während der Bundeskanzler quasi danebensteht und sagt, er werde alles tun, um Deutschland aus diesem Krieg herauszuhalten! Vielleicht wäre der erste sinnvolle Schritt des deutschen Bundeskanzlers, erst einmal dieses Sicherheitsrisiko aus dem Amt der Außenministerin zu entlassen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die Zeiten sind zu ernst für solche Fehler. Glauben Sie mir, wenn Joschka Fischer schon tot wäre - und ich wünsche ihm ein sehr langes Leben -, er würde sich angesichts einer solchen Fehlleistung im Grabe umdrehen.

(Zuruf von der SPD: Was ist das denn? - Wiard Siebels [SPD]: Man kann doch nicht jemanden totreden, damit er sich im Grabe umdrehen kann!)

Zum Antrag: Die CDU erweckt hier den Eindruck, Niedersachsen tue einfach noch nicht genug - Frau Glosemeyer hat das dankenswerterweise schon erwähnt - und als sei es dringend an der Zeit, dass Niedersachsens Parlament diese oder jene Bewertung vornehme und dadurch nun endlich ausreichend Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Ukraine und mit der Ukraine selbst zeige. Ich glaube, praktische Hilfe leistet Niedersachsen bereits in großem Umfang. Alle politischen Kräfte Niedersachsens - Sie haben es bereits ausgeführt - haben sich bereits ausgiebig gegen den Angriffskrieg Russlands positioniert.

Lippenbekenntnisse, Symbolpolitik und moralische Entrüstung allein bringen uns aber nicht weiter. Sie helfen der Ukraine kein bisschen, und sie vertiefen darüber hinaus den Graben zu Russland - auch wenn das jetzt hier keiner hören will - noch einmal. Die CDU schießt dann an dieser einen Stelle - und auch das hat meine Vorrednerin dankenswerterweise schon angesprochen - deutlich über das Ziel hinaus.

Die Kontakte zu Regionen in Russland, die vormals eifrig gepflegt wurden und die nun aufgrund des Krieges bereits ausgesetzt sind, will die CDU nun ein für alle Mal und endgültig beenden. Hat das wirklich einen praktischen Nutzen? Denken wir doch einmal nicht nur von zwölf bis Mittag! Denken wir einmal weiter, ja, auch an eine Zeit nach diesem Krieg! Denn da wird es auf jeden Fall wieder Gespräche und Kontakte mit Russland geben müssen. Deswegen ist ein Aussetzen der Kontakte *jetzt* richtig. Es kann kein Business as usual geben. Aber ein vollständiges Abbrechen von Gesprächskanälen - wo liegt der praktische Wert?

Die Begründung der CDU, es sei der Ukraine nicht zuzumuten, dass wir die Kontakte nicht formell abbrechen, wirkt merklich bemüht. Die Ukraine hat vieles von Deutschland gefordert - dies aber stand zumindest nicht besonders weit oben auf der Liste. Nein, das ist Symbolpolitik ohne realen Nutzwert und im Hinblick auf die Zukunft einfach nicht im Interesse Deutschlands. Wir werden eines Tages auch auf dieser Ebene wieder mit den Russen sprechen müssen - und wollen. Denn eines ist klar: Es gibt keinen Frieden in Europa ohne Russland, ob uns das hier passt oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Miteinander zu reden, meine Damen und Herren, ist sowieso eine Grundvoraussetzung, um zunächst einmal diesen Krieg zu beenden, auch wenn wir davon zugegebenermaßen noch weit entfernt sind.

Beendet werden Kriege niemals auf dem Schlachtfeld, sondern immer nur am Verhandlungstisch. Ich hoffe daher sehr, dass der Westen insgesamt auf den oberen Ebenen diese Gesprächskanäle nicht auf eine ähnliche Weise beendet hat, wie es hier die CDU fordert.

(Ulf Thiele [CDU]: Das können Sie ja mal Ihrem Freund Putin erklären!)

Dieser Antrag entzieht sich dieser Verantwortung. Er will Brücken einreißen, die für die Dauer des Krieges sowieso nicht überquert werden können. Das ist irgendwie typisch deutsch: in allem übertreiben, weil man ja auf einen Applaus verzichten könnte. Das lehnen wir ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### **Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Danke schön, Herr Wichmann. - Die nächste Rednerin ist Frau Kura von Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Frau Kura verteidigt jetzt Herrn Hofreiter!)

#### **Anne Kura (GRÜNE):**

Das brauche ich nicht zu tun, das macht er schon selbst.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen und Kollegen! Seit 337 Tagen führt Russland unter Wladimir Putin einen brutalen, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist ein Krieg, in dem die russische Seite systematisch Kriegsverbrechen begeht, der für unermessliches Leid der ukrainischen Bevölkerung sorgt: Menschen, die ihr Zuhause oder ihre Liebsten verlieren, Kinder, deren Eltern an der Front oder tot sind, deren Wohnungen ausgebombt und unbewohnbar sind, alte Menschen, die in Angst, Dunkelheit und Kälte leben müssen, weil Russland systematisch zivile Ziele angreift und die Energieversorgung zerstört.

Liebe Kolleg\*innen, es ist an dieser Stelle in diesem Haus schon mehrfach gesagt worden: Wir verurteilen diesen Krieg auf das Schärfste.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Wir unterstützen die Zivilbevölkerung mit humanitärer Hilfe. Wir nehmen Menschen auf, die ihre Heimat verlassen müssen, allein in Niedersachsen über 100 000. Und wir unterstützen die Ukraine dabei, ihr Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Selbstverteidigung im Einklang mit der UN-Charta wahrzunehmen.

Diese Unterstützung ist moralisch geboten, sie ist aber auch in unserem Interesse. Denn wer Frieden und Sicherheit in Europa will, darf Angriffskriege nicht belohnen. Deshalb unterstützen wir die Ukraine auch militärisch.

Die Bundesregierung trifft die dazu notwendigen Entscheidungen gemeinsam mit unseren Verbündeten. Das finde ich richtig. Es ist richtig, dass die Bundesregierung der Ukraine dazu auch Kampfpanzer zur Verfügung stellt. Ziel der Lieferung von Waffen ist es, die Gewalt und weitere Verbrechen zu stoppen und Putin an den Verhandlungstisch zu bringen.

Liebe Kolleg\*innen, der Krieg sorgt auch bei uns im Land für Angst und Sorge - und dafür habe ich großes Verständnis. Der Krieg sorgt in unserer Gesellschaft aber auch für etwas anderes: für Empathie, für Hilfsbereitschaft und Solidarität. Die Menschen in Niedersachsen zeigen sich von ihrer besten Seite: Der Wille zu helfen ist groß, die Herzlichkeit auch. Ausnahmen bestätigen diese Regel.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleg\*innen, es hat in Niedersachsen in den letzten 20 Jahren nur zwei Innenminister gegeben. Einer ist vor einer Woche Bundesverteidigungsminister geworden und trägt praktisch zur Unterstützung der Ukraine bei. Der andere hat hier gerade eine Rede mit dem Ziel der parteipolitischen Profilierung gehalten. Dieses Thema ist dafür viel zu ernst!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

16 Jahre lang hat die Union das Kanzleramt und das Verteidigungsressort geführt. Und anstatt jetzt Erkenntnisse von anderen zu verlangen, gibt es in Sachen Russlandpolitik auch bei der CDU einiges aufzuarbeiten. Dazu haben Sie eben auch schon etwas gesagt.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Was den Antrag betrifft, kann ich es kurz machen:

Es trifft vieles zu, was da drinsteht. Es fehlt auch einiges. Aber vor allem sind die sinnvollen Vorschläge bereits erledigt oder auf dem Weg; das hat Frau Glosemeyer bereits ausgeführt. Zweifel an der Integrität und Klarheit der Landesregierung in dieser Frage zu wecken, entbehrt nicht nur jeglicher Grundlage, es spielt am Ende auch noch denjenigen in die Karten, die einen Keil in unsere Gesellschaft treiben wollen.

Einiges in Ihrem Antrag - das möchte ich auch noch einmal sagen - ist auch wirklich irritierend. Gestern haben wir uns noch gemeinsam dafür starkgemacht, die Forderung der iranischen Bevölkerung nach universellen Rechten wie Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung zu unterstützen. Und jetzt erklären Sie in diesem Antrag diese Werte zu rein westlichen Werten. Das finde ich wirklich verstörend.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleg\*innen, dieser Antrag ist leider kein Ausdruck des Wunsches nach gemeinsamer Solidarität mit der Ukraine, sondern er ist innenpolitische Profilierung. Und das ist diesem Thema wirklich nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Frau Kura.

Es liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung zur federführenden Behandlung und an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Mitberatung zu überweisen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig. Herzlichen Dank.

Dann kommen wir jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung:

**Sprachkurse des Landes für Erwachsene voranbringen!** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/311](#)

Zur Einbringung hat sich Herr Meyn gemeldet. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

#### **Philipp Meyn (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! De Spraak is de Slötel, un ohne düssen Slötel blifft de Döör to un wi köönt nich tohoop snacken. - Das haben einige wahrscheinlich verstanden,

(Ulf Thiele [CDU]: Sehr gut sogar!)

einige aber auch nicht. So geht's im Lande vielen. Deswegen noch einmal der Kernsatz: Die Sprache ist der Schlüssel.

Der Titel des vorliegenden Antrags lautet: „Sprachkurse des Landes für Erwachsene voranbringen!“ Er zielt auf die Förderung von Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache durch Geflüchtete. Denn Sprache ist der Schlüssel zur Verständigung, zur Bildung und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Es liegt an uns, jeder und jedem in diesem Land einen Schlüssel in die Hand zu geben, und es ist unsere Bringschuld, die Zugewanderten zu befähigen, Türen auch selbstständig aufzuschließen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist es doch für eine individuelle Leistung, im Erwachsenenalter noch eine Fremdsprache zu lernen! Als Vorsitzender des Aufsichtsrats der VHS Lüneburg konnte ich das immer wieder erleben, und das hat mir den größten Respekt abgefordert.

Wir, Rot-Grün, werden das Angebot zur Sprachförderung weiter ausbauen. Das ist mit Blick auf die Zahlen auch notwendig. Bereits 2022 lagen die Antragszahlen und die damit gemeldeten Bedarfe deutlich über den bewilligten Mitteln. Bei den SEG-Kursen - das sind Förderungen von Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache durch Geflüchtete - konnten von 508 Anträgen nur 167 Kurse bewilligt werden. Bei den SGF-Kursen - das sind die Sprachkurse für geflüchtete Frauen - konnten von 172 Anträgen nur 46 bewilligt werden. Das entspricht einer Förderlücke von rund 470 Kursen.

Daher lauten unsere Forderungen:

Erstens. Das Sprachförderangebot des Landes, das Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland und ihrem aktuellen rechtlichen Status offensteht, ist auszubauen und dem gestiegenen Bedarf anzupassen. Dabei sollen besonders Angebote für Frauen und Eltern hinsichtlich der Kinderbetreuung

geschaffen werden. Auch das ist ein praktisches Problem, das wir in der VHS immer erlebt haben: Wenn man die Kinder betreuen muss, kann man keinen Sprachkurs durchführen. Das liegt auf der Hand. Da wollen wir ran!

Ferner gilt es, eine bedarfsangepasste Mindestteilnehmendenzahl in den Fokus zu nehmen. So kommen einige Kurse nicht zustande, da die geforderten Mindestgrößen pro Kurs nicht erreicht werden. Für ein dezentrales Angebot dieser Kurse, insbesondere auch in den ländlichen Räumen, müssen Ausnahmeregelungen geschaffen und die Untergrenze flexibilisiert werden, um mehr Menschen Sprachkurse zu ermöglichen.

Zweitens. Wir wollen mehr Weiterbildung. Durch Angebote ist sicherzustellen, dass weitere Dozentinnen und Dozenten für Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als Fremdsprache weitergebildet werden. Hier gilt es, insbesondere Ehrenamtliche zu Sprachbegleiterinnen und Sprachbegleitern für Geflüchtete fortzubilden und hauptberuflich tätige Dozentinnen und Dozenten für die Schulung von Ehrenamtlichen zu gewinnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, um einen niedrigschwelligen Einstieg in die Sprachförderung zu gewährleisten und Bildungsketten bis hin zur beruflichen Integration abzusichern, braucht es eine Erhöhung der Mittel für landesfinanzierte Maßnahmen. Insgesamt benötigen wir ca. 10 Millionen Euro zusätzliche Fördermittel. Dieses Geld ist gut eingesetzt: Wir können es uns angesichts des Arbeitskräftemangels und auch im Blick auf die Integration gar nicht mehr leisten, hier zu sparen. Wir müssen alle Potenziale in unserer Gesellschaft nutzen, und wir müssen jede und jeden erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gestern wurde in diesem Plenum über Integration als Bringschuld fabuliert. Heute - zu dieser Thematik - würde das eigentlich passen. Ja, wir als Mehrheitsgesellschaft haben die Bringschuld, überaus motivierten Menschen Deutschkurse anzubieten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns diese Aufgabe gemeinsam mit unserem dynamischen Minister Falko Mohrs angehen. Denn wir Niedersachsen können das! Seit 2015 wurden hier im Lande rund 106 000 Kursteilnehmende mit dem Sprachförderprogramm des Landes erreicht. Das ist schon ein guter Wert, und darauf bauen wir auf.

Sorgen wir also für ausreichend Sprachkurse in unseren Landkreisen! Sorgen wir dafür, dass die Förderlücken geschlossen und mehr Mittel bereitgestellt werden! Denn es geht um mehr: Es geht um ein Niedersachsen, das offen ist, ein Niedersachsen, das für eine Willkommenskultur steht und das für Menschen, die zu uns kommen wollen, attraktiv ist. Unsere Aufgabe ist es also, den Leuten Schlüssel an die Hand zu geben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Herr Meyn. - Die nächste Wortmeldung liegt mir von Frau Lutz, CDU-Fraktion, vor. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

#### **Cindy Lutz (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete. Das heute auf der Tagesordnung stehende Thema der Sprachkurse für Geflüchtete ist zweifelsohne ein wichtiges. Verwundert bin ich allerdings über den von Rot-Grün eingebrachten Entschließungsantrag zu dem Thema, den es aus unserer Sicht in dieser Fassung nicht gebraucht hätte.

Das von Rot-Grün geforderte Sprachförderprogramm gibt es bereits seit 2015 - Sie erwähnten es im Antrag - und wurde in der letzten Legislatur vom CDU-Wissenschaftsminister Thümler evaluiert und darauf aufbauend weiterentwickelt. Die von Ihnen geforderten besonderen Angebote für Frauen wurden genau in dieser Zeit eingeführt.

(Doris Schröder-Köpf [SPD]: Das stimmt nicht, das war unter Rot-Grün!)

Deshalb finde ich es umso spannender, dass die Zeit der letzten Legislatur in Ihrem Antrag völlig ausgeklammert ist. Aber das nur als Randnotiz.

Ich sagte eingangs bereits, dass dem Wissenschaftsministerium alle Instrumente zur Umsetzung Ihres Antrags vorliegen. Wenn die Finanzmittel erschöpft sind, ist es doch jetzt Aufgabe der Regierung, für die anstehenden Haushaltsberatungen, den weiteren Nachtragshaushalt, einen Entwurf vorzulegen, der hierfür eine auskömmliche Finanzierung sicherstellt.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts des vorgelegten Entschließungsantrags stellt sich mir die Frage, ob Sie Ihrem Wissenschaftsminister und Ihrem Finanzminister nicht zutrauen, dies sicherzustellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unstrittig ist, dass es für eine erfolgreiche Integration unerlässlich ist, dass es für geflüchtete Menschen in einem ausreichenden Maß Integrationskurse und vor allen Dingen auch Sprachkurse gibt. Ihr Entschließungsantrag leistet allerdings keinen wesentlichen Beitrag dazu.

Sie führen in Ihrem Antrag selbst aus:

„In seiner Verantwortung für die Integration der nach Deutschland Geflüchteten bietet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) u. a. mit Integrationskursen, Erstorientierungskursen und berufssprachlichen Kursformaten Maßnahmen zur sprachlichen Förderung der Geflüchteten an. Die Angebote des Bundes sind jedoch aufgrund der großen derzeitigen Herausforderungen nicht ausreichend, und es sind teilweise lange Wartezeiten hinzunehmen.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der rot-grünen Koalition, wenn Sie der Auffassung sind, dass die SPD-Bundesinnenministerin, Frau Faeser, ihren Aufgaben mit dem BAMF nicht oder nicht hinreichend nachkommt, wäre es doch angezeigt, dass Ihr Wissenschaftsminister und Ihre neue Landesinnenministerin dies dann auch gegenüber Ihrer SPD-Bundesinnenministerin deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, dass eine „temporäre Erhöhung der Mittel für die landesfinanzierten Maßnahmen der Sprachförderung“ erforderlich sei, frage ich mich: Kennen Sie Ihren Koalitionsvertrag? - Denn dort heißt es - ich zitiere von Seite 74 -:

„Integrationsangebote und Sprachkurse sind ein wichtiger Baustein der Integration von Zugewanderten und Geflüchteten. Diese Angebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen und weiterentwickeln“.

Auf der einen Seite sagen Sie in Ihrem Antrag, die von Ihrer Partei getragene Bundesregierung mache ihre Hausaufgaben nicht. Aber auf der anderen Seite wollen Sie die Versprechungen Ihres eigenen Koalitionsvertrages auf Landesebene nur temporär umsetzen. Meine Damen und Herren, das ist schon

ein spannender Politikansatz. Wo bleibt die Verlässlichkeit für die Einrichtungen vor Ort?

Es geht in Ihrem Antrag munter weiter mit unklaren Formulierungen. So fordern Sie in Nr. 1, das Sprachförderangebot „möglichst auszubauen“. Was um alles in der Welt bedeutet „möglichst“? Sie haben doch die Mehrheit hier im Hause und können als Haushaltsgesetzgeber einfach beschließen, diese Angebote auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, dass es derzeit eine Förderlücke von etwa 10 Millionen Euro gebe, frage ich die Mehrheitsfraktionen, warum Sie diese Mittel als Haushaltsgesetzgeber nicht einfach bereitstellen.

(Beifall bei der CDU - Ulf Thiele [CDU]: Weil auch der Finanzminister dieser Legislaturperiode dazu eine eigene Meinung hat!)

Ein nichtssagender Entschließungsantrag, der die Regierung lediglich bittet, möglichst ein Angebot auszubauen, und bloß die temporäre Erhöhung von Mitteln fordert, wird jedenfalls keinen Fortschritt bringen, sondern ist allenfalls fürs Schaufenster gedacht.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema der Sprachförderung für Geflüchtete liegt auch mir und meiner Fraktion am Herzen. Nur wer unsere Sprache spricht, kann auch vernünftig Anschluss finden und sich bei uns heimisch fühlen - ob nun für kürzere oder auch für längere Zeit.

Wir bieten deshalb an, uns im Rahmen der Ausschussberatungen zu Ihrem Antrag konstruktiv einzubringen. In der vorgelegten Fassung ist dieser Antrag für uns im Moment nicht zustimmungsfähig. Ich freue mich deshalb auf die Ausschussberatungen.

Danke schön.

(Starker Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Frau Lutz. - Die nächste Wortmeldung liegt mir vor von Herrn Rykena, Fraktion der AfD. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Harm Rykena (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Deutschland ist ein durchreguliertes Land: Angeln nur mit Angelschein, Autofahren nur mit Führerschein, Studieren nur mit Abitur oder vergleichbarem Zeugnis.

(Zuruf von der SPD: Imkern nur mit Imkerschein!)

Für alles muss man eine Qualifikation besitzen und diese auch durch eine Prüfung nachweisen. Gilt das für jeden? - Halt! Nein! Das gilt nur für die, die schon länger hier leben. Sind Sie dagegen Flüchtling, dann brauchen Sie erst mal gar nichts nachzuweisen, dann ist alles freiwillig.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Unheimlich viel Ahnung!)

Ein Beispiel dafür ist der vorliegende Antrag. Der Antragstext beginnt eigentlich sehr gut. Er beschreibt völlig zutreffend die Wichtigkeit des Erlernens der deutschen Sprache. Ich zitiere:

„Der Erwerb der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration und die gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland.“

Folgerichtig ruft der Antrag die Landesregierung dazu auf, „das Sprachförderangebot des Landes ... möglichst auszubauen und dem gestiegenen Bedarf anzupassen“. Dem kann ich nur zustimmen.

Leider bleibt der Antrag insgesamt sehr unkonkret mit Blick darauf, was die genauen Ziele der Angebote sein sollen. Vor allem aber lässt er einen Kernpunkt aus, was sicherlich dem mangelnden Angebot geschuldet ist. Warum wird das Erlernen der deutschen Sprache nur als freiwilliges Angebot organisiert? Haben Menschen, die nach eigenem Bekunden hierhergekommen sind, um zu arbeiten und sich in die Gesellschaft zu integrieren, nicht auch eine gewisse Bringschuld?

Die FAZ schrieb dazu:

„Hunderttausende Flüchtlinge sollen in Integrationskursen Deutsch lernen, doch viele von ihnen schwänzen die Kurse. Denn das System lädt zum Betrug ein.“

Nun stellt sich die Frage: Ist das immer noch so? - Eine schonungslose Evaluation der derzeitigen Situation wäre also vonnöten. Auch das gehört folglich in den Antrag.

Für Kinder und Jugendliche gibt es die Schulpflicht. Diese soll sicherstellen, dass alle Schüler nach ihrer Schulzeit das Rüstzeug für eine erfolgreiche Teilhabe an unserer Gesellschaft haben. Nun frage ich Sie: Warum soll das nur für Heranwachsende gelten? Was ist mit den mittlerweile Millionen von erwachsenen Menschen, die spätestens seit 2015 zu uns gekommen sind? Ist es bei denen egal, ob sie sich integrieren können?

Ich wünschte mir einige Erweiterungen.

Erstens. Wir müssten klar einen Mindeststandard definieren, welche grundlegenden Sprachkenntnisse jeder Migrant erlangen muss, der zukünftig seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland haben möchte.

Zweitens. Wir müssten sicherstellen, dass jeder Neuankömmling einen entsprechenden Kurs bekommt - davon sind wir im Moment meilenweit entfernt.

Und vor allem - drittens - muss es einen Nachweis für eine erfolgreiche Teilnahme an diesen Kursen geben, und zwar in Form einer verbindlich abzulegenden Prüfung, wobei das Nichtbestehen mit Sanktionen zu belegen ist.

Halten wir fest: Ohne Sprachkenntnisse ist Integration unmöglich. Eine Gesellschaft ohne funktionierende Integration von mittlerweile Millionen von Migranten stellt eine Gefahr für sich selbst dar. Stellen Sie sich bitte einmal folgende Szenarien vor: Jemand könnte Arzt werden und eine Operation durchführen, ganz ohne abgeschlossenes Studium inklusive zahlreicher Prüfungen, weil das zwar angeboten wurde, aber freiwillig war und er deshalb darauf verzichtet hat. Oder: Jemand könnte einen Airbus über unser Land fliegen, und zwar ohne den Nachweis eines Pilotenscheins, weil die Ausbildung dazu zwar angeboten wurde, aber freiwillig war und er deshalb darauf verzichtet hat.

Sie finden das absurd? Das ist es auch - genau wie die Zuwanderungs- und Integrationspolitik von Rot-Grün!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Danke, Herr Rykena. - Als nächste Rednerin rufe ich Frau Viehoff, Bündnis 90/Die Grünen, auf. Bitte schön!

**Eva Viehoff (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das gilt auch für Niedersachsen. Deshalb haben wir in Niedersachsen auch die Verantwortung, Integration und Teilhabe sicherzustellen und uns nicht allein, wie gerade von der CDU verlangt, auf den Bund zu verlassen.

Denn Sprache - das haben die Redner der demokratischen Parteien schon gesagt - ist ein wichtiger Baustein für Teilhabe und Integration und von großer Bedeutung für das Ankommen hier bei uns - nicht nur beim Ankommen, sondern auch im Bereich des Arbeitsmarkts, bei dem wir aktuell nicht nur über einen Fachkräftemangel, sondern auch über einen Arbeitskräftemangel sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Je eher man Zugewanderten und Geflüchteten ein Sprachangebot macht, umso besser funktionieren Integration und Teilhabe. Der Erwerb der deutschen Sprache - das wurde hier schon häufiger gesagt - ist dabei der Schlüssel.

Das haben wir in der Flüchtlingskrise 2015/2016 erkannt und ein eigenes Förderprogramm aufgelegt, das, liebe CDU, dann in der Zeit von 2017 bis 2022 immer nur aus den Restmitteln weiterfinanziert wurde. Ihre hehre Behauptung, dass der Minister die Sprachkurse ausgebaut habe, ist nicht richtig; denn die Zahlen, die mein Kollege genannt hat, hat nicht die rot-grüne Landesregierung bewilligt, sondern das war Ihre Regierung. Und da müssen wir feststellen, dass von den beantragten Kursen nur 33 % im Bereich Spracherwerb für Geflüchtete bewilligt worden sind und sage und schreibe 10 % im Bereich Kurse für geflüchtete Frauen. Da zeigt sich doch deutlich, dass wir hier mehr machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Unruhe)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Frau Viehoff, einen ganz kleinen Moment, bitte! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind beim letzten Tagesordnungspunkt. Ich würde Sie bitten, ein bisschen zuzuhören. Herzlichen Dank. - Frau Viehoff, Sie haben das Wort.

**Eva Viehoff (GRÜNE):**

Herr Rykena, der Zugang zu den Sprachkursen ist für die Geflüchteten tatsächlich von erheblicher Be-

deutung, weil die vom BAMF angebotenen Integrationskurse eben nicht die Voraussetzung einer Bleibeperspektive sind.

Sie sind der Grund, warum so viele Geflüchtete - vor allem diejenigen, die aufgrund des russischen Angriffskriegs als Drittstaatler aus der Ukraine geflüchtet sind - zurzeit vehement abgeschoben werden. Davon sind wir alle in den Landkreisen betroffen, weil der Integrationskurs kein Sprachkurs ist und damit eben nicht der Nachweis für ein Hierbleiben geführt wird.

Von diesen Flüchtlingen sind sehr viele Studierende, die in der Ukraine studiert haben, die ihr Studium total gerne hier fortführen und beenden wollten und die im Zweifel auch Fachkräfte für uns sein könnten.

Aber sie werden abgeschoben. Wir brauchen mehr Sprachkurse!

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dann ist es auch wichtig, das bedarfsgerecht anzubieten. Ich komme aus dem Landkreis Cuxhaven. Wir haben die Problematik, dass Menschen, die sich auf den Weg des Spracheerlernens gemacht haben, häufig irgendwann gestoppt werden, weil die Mindestteilnehmendenzahl von sieben bei mir im Südkreis des Landkreises Cuxhaven nicht zustande kommt. Und diejenigen im Nordkreis, die vielleicht ein A1-, B1- oder welches Zertifikat auch immer brauchen, kommen mit dem ÖPNV nicht zu den Kursen. Diese Kurse finden nicht statt. - Da müssen wir flexibler werden.

Und wir müssen auch, wenn wir sehen, dass nur 10 % der Kurse für Frauen angeboten worden sind, deutlich mehr tun, was die Kinderbetreuung anbetrifft. Da schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe, weil in der Kinderbetreuung auch die Kinder stärker integriert werden und daher schon viel besser auf unser Bildungssystem vorbereitet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wir brauchen also zielgruppenspezifische Kurse. Wir brauchen Kinderbetreuung. Wir brauchen Sprachlerngruppen mit geringeren Teilnehmendenzahlen. Und wir brauchen natürlich auch mehr Dozentinnen und Dozenten für Deutsch als Zweitsprache, sowohl haupt- als auch ehrenamtlich. Auch diese Weiterbildungsangebote müssen wir aufbauen.

Deshalb ist dieser Antrag von Rot-Grün der Anfang der Umsetzung unseres Koalitionsvertrags. Selbstverständlich werden wir dafür Sorge tragen, dass wir diesen Baustein bedarfsgerecht ausbauen und weiterentwickeln. Ich bin ganz zuversichtlich, dass unser Minister das auch im Kabinett so vertreten wird.

Den Weg dorthin beginnen wir hier und heute. Ich freue mich deshalb auf die weitere Beratung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Sabine Tippelt:**

Herzlichen Dank, Frau Viehoff.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig. Herzlichen Dank.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich komme zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, 5. Tagungsabschnitt ist vom 22. bis zum 24. Februar 2023 vorgesehen. Der Ältestenrat wird den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen festlegen, und der Landtag wird entsprechend einberufen werden.

Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende und einen guten Heimweg.

Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 11.25 Uhr.